Nr. 18 — Jahrgang 18

Einzelnummer 0,20 Zl.

Sonnabend, den 23. Januar 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 4l. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis. Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 1. cr 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Der Lohnabbau beschlossen?

Streikstimmung am Betriebsrätekongreß — Eine Ohrfeige der Regierung an die Scharfmacher der Großindustrie Zurückziehung der Kündigungen — Lohnabbau unabwendbar, erklärt Arbeitsinspektor Klott!

Kattowitz. Der außerordentlich gut besuchte Betriebsrätekongreß nahm gestern die Entscheidung der Gewerkschaften entgegen, die eine Hinausschiebung des Streiks vorgeschlagen haben, nachdem der Demobilmachungskommissar den Arbeitgebern mitteilte, daß die Kündigungen zum 1. Februar, sowie der Lohnabbau zu Unrecht ausgesprochen worden sind. Auf dem Kongreß bestand eine lebhafte Streikstimmung, die wiederholt zum Ausbruch kam. Nach den Referaten der Gewerkschaftssekretäre Grajek (Polnische Berufsvereinigung) Stainczyk (Klassenkampfgewerkschaften), Buchwald (Freie Gewerkschaften) gab die Delegation, die noch im Verlauf der Verhandlungen mit dem Hauptarbeitsinspektor Klott verhandelt hat, bekannt, daß unter Einfluß der Regierung die Kündigungen zurückgezogen worden sind. Die Lohnreduzierung soll Gegenstand weiterer Verhandlungen sein. Der Betriebsrätekongreß beschloß, bis zu den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern keinen Streikbeschluß zu fassen, ein Schiedsgericht abzulehnen und erst bei einem eventuellen Lohnabbau einen Generalstreik auszurufen.

Bei den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitsinspektor Klott hat letzterer bereits die Stimmung der Regierung bekanntgegeben, wonach ein Lohnabbau nicht zu vermeiden ist. Die Regierung werde bei Ablehnung des Schiedsspruches durch die Gewerkschaften nicht mehr vermitteln, sondern den Parteien die Entscheidung überlassen.

In eine ganz klare Antwort gekleidet, bedeutet diese Erklärung des Arbeitsinspektors Klott, daß die Regeirung mit den Arbeitgebern darin einig ist, daß ein Lohnabbau stattfinden muß und sie den eventuellen Schiedsspruch sanktionieren wird. Demnach ist der Lohnabbau bereits beschlossene Sache zwischen Arbeitgebern und Regierung.

Den Bericht über den Betriebsrätekongreß finden unsere Leser im lokalen Teil.

Sozialisierung der deutsch-oberschlesischen Industrie gefordert

Sozialdemokratischer Vorstoß gegen die „Wirtschaftsführer".

Berlin. Der „Vorwärts" bringt folgende Nachricht: Im Haushaltsausschuß des Reichstages haben die Sozialdemokraten einen Vorstoß in der Richtung auf die „Sozialisierung der oberschlesischen Industrie unternommen. In der Aussprache über die oberschlesische Notlage wurde ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, wonach es nicht zu dulden sei, daß die oberschlesische Industrie, vor allem die oberschlesischen Hüttenwerke, sich auf die Art und Weise sanierten, daß sie die von Reich und Preußen zugeflossenen Mittel (36 Millionen) zu Lasten der öffentlichen Hand uneinbringlich machten. Die öffentliche Hand habe die Pflicht, die für die aus den hingegebenen Mitteln entstandenen Vermögensansprüche voll durchzusetzen, am besten durch Zusammenfassung der Betriebe in öffentlicher Hand. Da zur Zeit die Verhandlungen mit den beteiligten Banken usw. noch geführt werden, bat der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums um Vertraulichkeit der Verhandlungen. Demgemäß wurde auch beschlossen. Es wurde weiter festgelegt, daß die Regierung mit der oberschlesischen Industrie ohne vorherige Kenntnisnahme und Beschlußfassung keine bindenden Abmachungen treffen dürfe.

Stimmung und Vernunft

Wenn es nur darauf ankäme, eine Stimmung auszunutzen, so hätten die Gewerkschaften die günstigste Gelegenheit verpaßt, die Massen zu einem Generalstreik zu bewegen. Die Streikstimmung war am letzten Betriebsrätekongreß da, aber es hat sich wieder einmal erwiesen, daß die gewerkschaftliche Erziehung der Massen, die Stimmung, hat der Vernunft weichen lassen. Und dies war eine würdige Antwort der Betriebsräte auf die Provokation der Arbeitgeber. Sie haben eine prächtige Ohrfeige, von seiten der Regierung einstecken müssen, die ihnen durch den Demobilmachungskommissar erklären ließ, daß sowohl die Kündigungen des Arbeitsverhältnisses, als auch die Ansage des Lohnabbaus, mit den bestehenden Arbeitsschutzbestimmungen, unvereinbar sind. Trifft es zu, daß solche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Regierung bereits bestanden, so ist der Schritt der Absage an die Arbeitgeber, durch den Demobilmachungskommissar, eine Blamage für die Berater, die hinter den Kulissen den Arbeitgebern zu ihrem provokatorischen Vorgehen angeraten haben, und dies mögen die Herren unter sich abmachen, wobei man nur an das Sprichwort zu erinnern braucht: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!".

Wir haben hier, zum Mißfallen vieler unserer Genossen, den Auslauf des ersten Kampfes geschildert, wie es kommen muß. Das bedeutet keine Absage an den Streik, sondern die Regelung einer rechtlichen Streitfrage, wobei die Gewerkschaften jetzt obsiegt haben. Ist die Kündigung zurückgenommen, so muß die Lohnfrage neu verhandelt werden. Das war bei uns die entscheidende Frage, und hierbei muß die Rolle der Regierung enthüllt werden, die Maske muß fallen, wer der Treiber zum Lohnabbau ist. Gerade der Arbeitsinspektor Klott hat seinen unteren Organen angeordnet, daß sie es, mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage, nicht zu einem Lohnabbau kommen lassen dürfen. Die Situation war damals anders, das englische Pfund stand fest, der Export war eine gewinnbringende Sache. Seitdem hat sich die Situation verändert, die Regierung braucht Devisen, hat am Export das allergrößte Interesse und darum auch die Konzessionen an die Kohlenindustrie, wobei die Eisenindustrie bald mit das Geschäft erledigen soll, nachdem die Regierung ihre früheren Zusagen auf Diskontierungsbeihilfe bei den Russenwechseln nicht mehr innehalten kann. Da die Regierung den Industriellen keine anderen Subventionsvorschläge machen kann, so hat sie sich dafür entschieden, ihnen bei dem Lohnabbau behilflich zu sein, um ihre Exportprämien wieder zurückzuerhalten. Die Arbeiterschaft im Kohlenbergbau soll die Opfer tragen, die Eisenindustrie wird somit von diesem „Vorteil" partizipieren.

Großindustrie, Landwirtschaft und Regierung haben ein gemeinsames Interesse, die Lasten des Staates, auf die Schultern des, am geringsten, Widerstandsfähigen abzuwälzen, auf die Arbeiter. Und auch in dieser Krise bestätigt sich nur das alte Vorhaben. Immer wieder haben wir betont, daß für die Arbeiterklasse nie die Höhe des Lohnes entscheidend ist, sondern entscheidend ist, was er sich, d. h. für seine Angehörigen, kaufen kann! Also, daß jedem Lohnabbau erst eine entsprechende Preissenkung aller notwendigen Bedarfsartikel vorausgehen muß. Und auf diesem Gebiet hat die Regierung vollkommen versagt, und die Arbeitgeber halten ihre Produktion auf einer solchen unverantwortlichen Höhe, daß von einem Preisabbau in absehbarer Zeit nicht gesprochen werden kann, und gibt es keinen nennenswerten Preisabbau, kann es auch keine Lohnreduzierung geben. Wer diese trotzdem erzwingen will, der schädigt nicht nur die polnische Volkswirtschaft, sondern provoziert Abwehrkämpfe, seitens der Arbeiterschaft, die in der heutigen Lage nichts mehr zu verlieren hat.

In dieser Situation befinden sich Arbeiter und Gewerkschaften. Sie haben mit dem Mittel des geringsten Widerstandes die Streikstimmung abgebrochen, sie haben sich im ersten Falle auf einen rein gesetzlichen Standpunkt gestellt. Es wäre wahrlich kein Heldenstück, einen Generalstreik auszurufen und sich damit auf die Bahn gleicher Ungesetzlichkeit zu begeben, was man den Scharfmachern in der Großindustrie vorgeworfen hat. Man wäre so gern bei den Scharfmachern auf eine Aussperrung eingegangen, und es bleibt ein Erfolg der Gewerkschaften, daß sie diese Provokation der Arbeitgeber abgebogen haben. Ob damit auch kampflos das Feld, gegenüber dem Lohnabbau, geräumt wird, das ist eine Frage, die wir im Augenlick nicht beantworten können, weil

Revolutionärer Generalstreik in Katalonien

Schwere Ausschreitungen — Außerordentliche Maßnahmen der Regierung

Madrid. Am Donnerstag brach in Katalonien ein revolutionärer Generalstreik aus, der ursprünglich für den 25. Januar geplant war und sich über ganz Spanien erstrecken sollte. Geleitet wird die Bewegung von den mit den Anarchisten vereinigten Kommunisten. Das Zentrum des Aufruhrs befindet sich im Minengebiet von Llobregat zwischen Manresa und Berga. Die Aufständischen haben sämtliche Drahtverbindungen mit Barcelona und Saragossa abgeschnitten, sowie den Zugverkehr mit Berga gewaltsam unterbrochen. In drei Dörfern wurden die Bürgermeisterämter gestürmt und die Telephonzentralen zerstört. In Sarrel plünderten die Aufständischen das Pulvermagazin einer Minengesellschaft und setzten sich in den Besitz von 800 Kilogramm Dynamit. In Manresa wurde ein Sturm auf den katholischen Verein versucht, der durch die Guardia civil abgewehrt werden konnte, wobei zwei der letzteren verwundet wurden.

Die Regierung, die am Donnerstag abend ein Vertrauensvotum von der Nationalversammlung zwecks rücksichtsloser Unterdrückung der monarchistischen Machenschaften erhalten hat, versucht mit aller Energie der Lage in Katalonien Herr zu werden. Bis jetzt sind zwei Kompanien Guardia civil aus Saragossa, zwei Gebirgsjägerbataillone, zwei Kavallerieschwadronen und drei Feldbatterien in Marsch gesetzt worden. Außerdem wurden mehrere Kriegsschiffe in den Hafen von Barcelona beordert, um Rückschlägen in der katalonischen Hauptstadt vorzubeugen. Die letzten Meldungen besagen, daß die Ruhe im Laufe der Nacht wieder hergestellt werden dürfte. Die Rädelsführer sind bereits verhaftet.

Im übrigen Spanien herrscht Ruhe, mit Ausnahme von Coruna, wo es zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei kam, die von der Schußwaffe Gebrauch machte. Ein Toter und mehrere Schwerverletzte blieben auf dem Platze. Für die baskischen Provinzen wurde ein außerordentlicher Generalgouverneur mit Sondervollmachten bestellt.

Der russisch-finnische Nichtangriffspakt unterzeichnet

Helsingfors. Am Donnerstag mittag wurde der Nichtangriffsvertrag zwischen Finnland und Sowjetrußland vom finnischen Außenminister und dem hiesigen russischen Gesandten unterzeichnet.

Lansbury gegen Kriegsschulden und Tributzahlungen

London. In einer Rede im Londoner Handelsklub verlangte der Führer der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei, Lansbury, die völlige Streichung aller Tributzahlungen und Kriegsschulden. Die Welt würde sich niemals wieder erholen können, bevor diese Streichung nicht restlos durchgeführt sei. Wiedergutmachungen und Tributzahlungen seien „ein verbrecherisch dummes Geschäft".



Prof. Wagemann schlägt einen neuen Währungsplan vor

Der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, Professor Wagemann, Berlin, ist mit einem neuen Währungsplan an die Oeffentlichkeit getreten, der in erster Linie eine Reform des Bankgesetzes und eine Aenderung der bisherigen Deckungsbestimmungen vorsieht.

diesbezügliche Verhandlungen erst zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern stattfinden sollen. Aber eines möchten wir vor allem feststellen, daß die Ansage dieses Lohnabbaus allein eine unerträgliche Provokation ist, zu der kein Anlaß vorliegt, als den Arbeitgebern für alle Zukunft freie Hand zu lassen und die Kosten des Exports auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen.

Herr Klott hat den Gewerkschaften gegenüber erklärt, daß ein Lohnabbau stattfinden muß. Die Regierung wird sich in diesem Kampf neutral verhalten. Wird sie aber auch dafür sorgen, daß ein entsprechender Preisabbau vor sich gehen wird? Hat sie als starke Regierung die Kraft, an die Arbeitgeber Konzessionen zu machen, warum also auch nicht an die Industrie, die Landwirtschaft und den Handel? Kann sie das nicht, so muß sie schon soviel Mut aufbringen, um offen zu sagen, daß der Zeitpunkt für einen Lohnabbau noch nicht gekommen ist. Nichts wäre gefährlicher, als die Stimmung der Arbeiterklasse des Opferbringens ausnutzen zu wollen, den Arbeitgebern aber freie Hand zu lassen. Mit den Kündigungen allein ist es noch nicht getan, auch die Absichten auf Lohnabbau müssen entschieden abgelehnt werden und das liegt in der Hand der Regierung. Hier wird sich die starke Hand der Regierung erweisen müssen, kann sies nicht, so will sie es nicht. Bisher hat die Arbeiterschaft und ihre Vertretung, Betriebsräte und Gewerkschaften, Vernunft für Staat und Gesellschaft, d. h. die Allgemeinheit, bewiesen. Aber es wäre mindestens verfehlt, sie zu mißbrauchen, indem man alle Opfer auf ihre Schultern abwälzt. Es liegt Kampfstimmung und Streiklust vor, darüber sollen sich die Arbeitgeber und die Regierung nicht täuschen, und was dabei wird, kann niemand im Voraus sagen. Nicht bei der Arbeiterschaft oder den Gewerkschaften, liegt die Entscheidung, sondern bei den maßgebenden Faktoren, von ihnen hängt es ab, ob sie den Kampf, einen unabsehbaren Streik oder die Verständigung, wollen! —U.

Die Schulpolitik der polnischen Regierung

Warschau. Im Haushaltsausschuß des Sejm hielt am Mittwoch Kultusminister Jendrzejewicz bei der Aussprache über den Haushalt seines Ministeriums einen Vortrag über die Schulpolitik der polnischen Regierung. Die Person des Marschalls Pilsudski und sein Werk müsse nach Meinung des Ministers im Mittelpunkt des Schulunterrichts stehen. Schulen, die es versäumen sollten, als höchstes Erziehungsziel die Liebe und Anhänglichkeit zum polnischen Staate zu pflegen, würden strengstens zur Verantwortung gezogen werden. Der Minister kündigte eine Reform des Schulwesens an und gab ferner im Zusammenhang mit den letzten judenfeindlichen Ausschreitungen zu verstehen, daß eine Aenderung des Hochschulrechts erforderlich sei.

Liebeswerben des „Temps" um Italien

Paris. Der „Temps" veröffentlicht einen langen Artikel über die französisch-italienischen Beziehungen, der eine vollkommene Umstellung Frankreichs gegenüber den Problemen bedeutet, die sich bisher nur immer durch Spannungen zwischen den beiden Ländern auszeichneten. Der Zweck des Artikels ist durchsichtig, wenn man die bevorstehenden Konferenzen und die von Italien gegenüber dem Tributproblem eingenommene Haltung berücksichtigt. Der „Temps" hält jetzt sämtliche französisch-italienischen Streitfragen wie die der italienischen Staatsangehörigen in Tunis, der lyrischen Grenze und schließlich des gegenseitigen Flottenverhältnisses für Nebensächlichkeiten, die eine Annäherung der beiden Länder nicht verhindern könnten und die mit einigem guten Willen auf beiden Seiten sehr leicht aus der Welt zu schaffen seien.

In der Frage der Grenzziehung habe Frankreich bereits 80 000 Quadratkilometer abgetreten, und weitere Grenzberichtigungen seien möglich. In der Flottenfrage handele es sich lediglich um „technische Schwierigkeiten", die zweifellos überwunden werden könnten. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet seien Verhandlungen mit Aussicht auf Erfolg möglich. Das Blatt schließt seinen Artikel mit einem Aufruf an alle Franzosen, zu verstehen, daß Italien eine große, bewundernswerte Nation sei, deren Stimme im Kreise der Völker auch ein Recht auf achtungsvolles Gehör habe.

Macdonald lehnt Lavals Einladung ab

Spannung zwischen Paris und London — Frankreichs Verantwortung

London. Ministerpräsident Macdonald, der von dem französischen Ministerpräsidenten Laval für das Wochenende zu Besprechungen nach Paris gebeten worden war, hat diese Einladung abgelehnt. Durch den Botschafter in Paris hat er der französischen Regierung sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen, daß er unter dem Druck der parlamentarischen Arbeiten nicht von London abkömmlich sei.

Angesichts dieses Entschlusses Macdonalds hat sich Außenminister Sir John Simon veranlaßt gesehen, seine Reisepläne nach Genf einer Nachprüfung zu unterziehen. In politischen Kreisen hält man es für durchaus möglich, daß er am Sonnabend auf der Durchreise in Paris einen Aufenthalt nehmen wird, zu Besprechungen mit Laval und vielleicht auch mit anderen französischen Ministern.

Frankreich trägt die Verantwortung

Berlin. Eine Entscheidung darüber, wann die Tributkonferenz stattfinden soll, wird in Berliner politischen Kreisen erst gegen Ende der Woche erwartet. Man ist in Berlin der Ansicht, daß der Verzicht darauf, die Konferenz von Lausanne am 25. Januar stattfinden zu lassen, noch keineswegs bedeute, daß nun der Gedanke einer Konferenz überhaupt fallen gelassen sei. In den internationalen Verhandlungen wird der Zusammentritt der Konferenz für einen etwas späteren Zeitpunkt angestrebt. Die Reichsregierung steht jedoch nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Tributkonferenz sobald wie möglich stattfinden muß. Eine Ablehnung der französischen Regierung würde also Frankreich mit der Verantwortung für das Scheitern der Konferenz belasten.



Stimson Vorsitzender der Amerikaner in Genf

Kurz vor der Abfahrt der amerikanischen Delegation zur Genfer Abrüstungskonferenz wurde Staatssekretär Stimson als Vorsitzender der amerikanischen Abordnung an Stelle des zuerst vorgeschlagenen Botschafters Dawes ernannt.

Amerikanische Denkschrift zur Schuldenfrage an Frankreich

Neuyork. Wie die „Neuyork Times" aus Washington meldet, hat Staatssekretär Stimson dem französischen Botschafter Claudel bereits im Dezember eine ausführliche Denkschrift über die Kriegsschuldenfrage überreicht, worin der amerikanische Standpunkt eingehend ausgeführt wird. Es wird darauf hingewiesen,

> daß Europa die Führung in der Reparationsfrage übernehmen müsse und daß Amerika keine Verbindung der Kriegsschulden mit den Tributzahlungen anerkennen könne.

Die Kriegsschuldenabkommen der einzelnen Staaten mit Amerika könnten nur durch Einzelabmachungen in besonders dringenden Fällen revidiert werden und selbst dies nicht vor Ablauf des Schuldenfeierjahres. In der Denkschrift wird indirekt zum Ausdruck gebracht, daß eine europäische Einheitsfront in der Kriegsschuldenfrage in Amerika größtes Mißfallen erregen und als eine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Handlung betrachtet werden würde.

Völkerbundsuntersuchungsausschuß für die Mandschurei

Genf. Der vom Völkerbundsrat auf der Pariser Ratstagung eingesetzte diplomatische Ausschuß zur Untersuchung der Lage in der Mandschurei ist am Donnerstag zu einer Besprechung zusammengetreten, um das Arbeitsprogramm und die Aufgabe des Ausschusses festzulegen. Die Kosten des Ausschusses, die nach der Entscheidung des Völkerbundsrates Japan und China gemeinsam zu tragen haben, werden auf 1 Million Goldfranken geschätzt. Der Ausschuß wird voraussichtlich Ende Januar oder Anfang Februar abreisen und sich zunächst nach Washington begeben, um dort mit der amerikanischen Regierung Fühlung zu nehmen. Die Dauer des Aufenthaltes des Ausschusses in der Mandschurei wird auf 9 bis 10 Monate geschätzt. In einer offiziellen, vom Völkerbundsrat veröffentlichten Note gibt Briand die Ernennung des Ausschusses bekannt und betont, daß die Bedingungen, unter denen der Ausschuß zu arbeiten haben wird, nicht mehr den bei seiner Schaffung bestehenden Voraussetzungen entsprechen, daß jedoch die von Japan und China eingegangene feierliche Verpflichtung die Sicherheit gewährt, daß keinerlei territoriale Ziele in der Mandschurei verfolgt werden.

Politischer Entführungsversuch in Rumänien

Ein zweiter Fall Kutiepoff.

Bukarest. Großes Aufsehen erregt hier ein politischer Entführungsversuch, der an den Fall des Generals Kutiepoff erinnert. Sowjetrussische Emissionäre hatten den Auftrag erhalten, sich des in Rumänien lebenden Diplomaten Atschebekoff zu bemächtigen und ihn nach Rußland zu bringen. Atschebekoff war im Jahre 1921 diplomatischer Vertreter der Sowjetunion in Bern. Später organisierte Atschebekoff als Privatsekretär Stalins die G. P. U. Dann wurde er nach Konstantinopel entsandt, wo er in den Verdacht geriet, mit Trotzki in Verbindung zu stehen. Er wurde daraufhin sofort zurückberufen, weigerte sich aber, nach Moskau zurückzukehren. Seitdem galt er als ein erbitterter Gegner der Sowjets. Es heißt, daß die sowjetrussische Regierung eine Million Dollar ausgesetzt hatte, um seiner habhaft zu werden. Der Kapitän eines in Konstanza liegenden griechischen Dampfers hatte sich bereit erklärt, Atschebekoff nach Odessa zu bringen. Der Kapitän ist verhaftet worden. In Bukarester Kreisen glaubt man, daß dieselben Leute an dem Entführungsversuch beteiligt sind, die in Paris die Entführung des Generals Kutiepoff durchgeführt hatten.

Vor der Rückkehr Tschiangkaischeks

Nanking. Ministerpräsident Sunjo hat Tschiangkaischek und Wangshingwei eingeladen, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten. Nanking bereitet einen großen Empfang für Tschiangkaischek vor. In japanischen Kreisen besteht die Meinung, daß er die Absicht habe, die Diktatur wieder zu übernehmen.

Abreise Litwinows nach Genf

Kurzer Aufenthalt in Berlin.

Moskau. Am 24. Januar verläßt die russische Abordnung unter Führung Litwinows Moskau und begibt sich zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz nach Genf. Litwinow wird bei einem kurzen Aufenthalt in Berlin Reichskanzler Brüning seinen Besuch abstatten und dann seine Reise nach Genf fortsetzen.

Dr. med. Elisabeth Degeener

Roman von Marlise Sonneborn

26)

Und ihm zur Seite das eifersüchtige und wissend beobachtende Kind.

„Gisela, geh!" hat er zum dritten Male.

„Soll ich auch morgen fortbleiben?" fragte sie halb traurig, halb verletzt.

„Morgen? Nein! Nur heute! Ich habe etwas Kopfschmerzen."

Er lügt, dachte sie. Aber sie nahm es ihm nicht übel. Wenn ich nur wüßte, ob er wirklich diese Degeener lieb hat, dachte sie, als sie ohne Gruß davonschlich. Wenn — wenn —, dann sollte sie es büßen, diese scheinheilige Person!

* * *

„Elisabeth!"

Es erfolgte keine Antwort.

„Elisabeth!" wiederholte Exzellenz Degeener lauter.

Die junge Frau wandte ihr Antlitz dem Gatten zu.

Sie saß an einem der hohen und breiten Fenster des Gartensalons, von dem aus man den schönsten Blick über den See hatte.

„Du träumst, Liebes!" sagte Herr Degeener mit halbem Lächeln. „Ich habe dich schon ein paarmal vergeblich angerufen. Du bist doch nicht krank? Träumen liegt so gar nicht in deiner Art!"

Elisabeth sah ihm liebevoll und doch nicht ohne eine leise Resignation in das gütige Gesicht, das noch so gar nichts Greisenhaftes hatte, obwohl die Exzellenz dreiunddreißig Jahre älter war als seine junge Frau — also sechsundsechzig Jahre zählte.

„Ich habe vielleicht etwas nachzuholen", sagte Elisabeth nicht ohne Schelmerei. „Einmal kommt wohl für jeden die Zeit, da er empfindet, daß das Leben arm ist, das nur von der Vernunft regiert wird."

Ein Schatten glitt über das Gesicht des Mannes.

So spricht ein Mensch, der liebt, dachte er. Meine stolze, kluge, kühle Elisabeth! Es täte mir leid, wenn auch sie der Natur diesen Zoll bezahlen müßte. Je reiner das Blut, desto schmerzlicher die Flamme.

„Man muß auch der Phantasie ihr Recht gönnen", fuhr Elisabeth fort, als ob sie seine Gedanken erriete.

„Nur der Phantasie?"

„Ist nicht schließlich jedes Gefühl Phantasie? Wir träumen uns eine Vollendung und erleben eine Enttäuschung."

Degeener stand auf und trat neben seine Frau.

„Wie wundervoll die Farben heute sind! Gemalt würde man sie nicht glauben."

„Willst du sagen, daß die Wirklichkeit zuweilen sogar die Phantasie übertrifft?"

„Ungefähr."

Die junge Frau schwieg. Sie blickte zum anderen Ufer des Sees hinüber.

„Drüben liegt das Sanatorium", sagte der Mann, ihrem Blick folgend.

„Ja!" erwiderte die Frau.

Es klang gepreßt.

„Sehnst du dich auch heute hinüber? Den einzigen Nachmittag der Woche, an dem ich dich für mich fordere?"

„Ich weiß nicht..."

„Du liebst deinen Beruf, wie eine andere Frau ihr Kind."

„Meinst du?"

„Hast du Neigung zu einer Fahrt auf dem See?"

Elisabeths Augen leuchteten auf.

„Ja!" sagte sie voll Inbrunst.

Degeener besaß ein leichtes Motorboot, das groß genug war, eine elegante, wenn auch wenig geräumige Kajüte zu umschließen. Elisabeth stieg heute nicht hinab. Sie blieb am Bug und ließ ihre Augen trinken. Die Sonne neigte sich schon. Langgezogene Wolken von schimmernder Farbe durchschnitten das schimmernde Blau des Himmels, das nach dem Horizont zu von olivfarbigen und grünlichen Färbungen, ja, sogar von lila Streifen unterbrochen wurde. Und das Wasser — im getreuen Echo — zitterte in all diesen Tönen nach.

Tief hingegeben an alle diese Schönheit, empfand Elisabeth mehr als daß sie es in Worten dachte: Vielleicht ist keine Liebe süßer als die, die von vornherein bestimmt ist, zu entsagen. Wunschlosigkeit heiligt. Und sie glaubte ehrlich, wunschlos zu sein.

* * *

Ein schwerer Fall war eingeliefert worden und Doktor Degeener hatte alle Hände voll zu tun.

Ein fünfjähriges Kind aus allerärmsten Verhältnissen, mit schwerer Darmtuberkulose. Der Eiter schwärte aus offenen, klaffenden Wunden des Leibes. Das elende Würmchen, geistig zurück, unschön, ohne irgendwelche Vorzüge des Leibes oder der Seele, nahm ihre ganze Kraft in Anspruch.

„Wir wollen es hindurchretten", hatte van Delden gesagt. „Es muß ein Triumph unserer Methode werden. Und keinen Händen sicherer als den Ihren weiß ich es anzuvertrauen."

Doktor Elisabeth Degeener hatte selber die photographischen Aufnahmen geleitet, verband eigenhändig die klaffenden, übelriechenden Wunden, leitete die Bäder, überwachte bis ins geringfügigste Diät und Stoffwechsel, nahm auch den kleinsten Eingriff selbst vor. Die ersten Nächte schlief sie wieder einmal im Sanatorium, um jederzeit zur Hand zu sein, wenn etwas Unvorhergesehenes geschehen sollte.

Zuweilen stand sie auf und ging an das Bettchen des Kindes, aufschreckend aus tiefem Traum.

Das Kind aus diesem Zustand einer auch nur bedingten Gesundung entgegenzuführen — sie wußte es nur zu gut! — wäre ein wahrer Sieg der Wissenschaft über den schleichenden Menschheitstyrannen Tuberkulose gewesen.

Niemand, der ihr Walten und Wirken beobachtet hätte, wäre imstande gewesen, ihr etwas anderes nachzusagen als ernsteste und sachlichste Pflichterfüllung.

Und doch...

Zum ersten Male stand Doktor Elisabeth Degeener ihrer Arbeit mit einer gewissen ablehnenden Kritik gegenüber.

Zum ersten Male war in ihr ein dunkles Fragen: Bin ich nicht zu schade zu dieser Arbeit? Zu diesem Mich-Verlieren an einen Versuch, dessen Erfolg mehr als zweifelhaft ist?

Sie lebte ihr Leben nicht mehr mit der Selbstverständlichkeit des Wissenschaftlers, der sein Menschentum vergräbt unter dem Dienst eines unpersönlichen Zweckes.

Ein volles, eigenes Menschentum — war es nicht besser?

Sie schalt sich nicht um dieser Gedanken willen.

Sie lächelte ein wenig über sich.

Es war nicht ein Lächeln des Spottes, es war ein Lächeln des Glückes.

Daß es das gab...

Daß sie es erleben durfte...

Sinnend ruhte ihr Blick zuweilen auf Gisela, dem glücklichen Kinde, das ihn täglich vielleicht sah. Sie strich ihr über die dunklen, weichen Locken.

(Fortsetzung folgt.)

Aktives Eingreifen der Regierung in die Lohnstreitfrage

Stürmischer Verlauf der Allgemeinen Betriebsrätekonferenz — Die Arbeiter haben das Kulissenspiel durchschaut — Ungültigerklärung der Gesamtkündigung auf den Gruben — Bildung von Streikkomitees wird abgelehnt — Der fünfte Betriebsrätekongreß in Sicht — Der Schlag gegen die Arbeitergewerkschaften

Es ist so gekommen, wie vorauszusehen war: Die Gesamtkündigung wurde durch die Regierungsvertreter offiziell für gesetzwidrig und somit für ungültig, erklärt. Eine Arbeiterkündigung besteht mithin nicht mehr, und es hat sich, wenn wir von dem Vorschlag der Arbeitgeber auf Lohnabbau absehen, nichts ereignet. Hat sich denn wirklich nichts ereignet? Angeblich nichts, denn eine Kündigung des Lohntarifes durch die Arbeitgeber, gehört zu den ganz natürlichen Ereignissen, wie wir sie doch schon längst gewohnt sind. Bis jetzt war das immer so der Fall, daß, nach Ablauf, richtiger, vor dem Ablauf des Lohntarifes, ein Kontrahent die Kündigung einreichte. Später wurde verhandelt, und nachdem zwischen Arbeitgebern und Arbeitervertretern niemals eine Einigung erzielt werden konnte, wurde der Lohnstreit an den Schlichtungsausschuß weitergeleitet und der Schiedsspruch gefällt. So war es früher und allem Anschein nach, wird es auch diesmal nicht anders werden.

Und doch wird es diesmal anders werden, denn diesmal wird nach einem Plan gehandelt, der schon vor Monaten hinter dem Rücken der Arbeiter ausgeheckt wurde.

Der Lohnabbau ist keine Zufallssache, denn er wurde von langer Hand vorbereitet und das Geld, das den Arbeitern in Form einer Lohnkürzung genommen wird, ist schon längst verteilt. Die Millionen Zloty, die der Lohnraub bringen wird, wurden zwischen Kapitalisten und einer bestimmten Stelle verteilt, und daher muß der Lohnabbau kommen, denn dahinter stecken Machtfaktoren,

die das Geld bereits miteinkalkuliert haben

und darauf nicht verzichten können.

Die Arbeiter haben das Spiel schon längst durchschaut. Das geht daraus hervor, daß alle letzten Betriebsrätekongresse mehr oder weniger stürmisch verlaufen sind. Die Arbeiter sprechen schon seit vielen Wochen von dem Generalstreik. Sie verlangen den Streik und drängen auf die Gewerkschaftsführer, damit sie den Generalstreik proklamieren. Besonders stürmisch sind die gestrigen Verhandlungen des Betriebsrätekongresses verlaufen. Die Arbeiter verlangten nicht nur die Proklamierung des Generalstreiks in der gesamten Schwerindustrie aller drei Kohlengebiete,

sondern haben die Bildung von besonderen Streikkomitees gefordert,

was aber mit einer geringen Mehrheit abgelehnt wurde. In organisatorischer Hinsicht ist eine solche Forderung nicht zu billigen, denn zur Streikführung sind keine besonderen Streikkomitees notwendig, dafür haben wir die Gewerkschaften, die für die Lage die Verantwortung tragen. Doch ist diese Forderung bezeichnend, denn es geht daraus hervor, daß die Arbeiter die Meinung vertreten,

daß die Gewerkschaften dem Streik ausweichen wollen.

Als der Kongreß eröffnet und die ersten Referate gehalten wurden, war die Situation noch nicht ganz klar, da man nicht wußte, was die Regierung zu der Gesamtkündigung zu unternehmen gedenkt. Allerdings haben die Erklärungen des Demobilmachungskommissars, den Vertretern der Arbeitergewerkschaften gegenüber, durchblicken lassen, daß die Regierung die Bekanntmachungen auf den Gruben und Hüttenwerken als nichtgeschehen bezeichnen wird, aber das war eine „Privaterklärung" des Demobilmachungskommissars. Die amtliche Erklärung sollte erst der Ober-Arbeitsinspektor Klott abgeben, und dieser ist erst vor dem Kongreß in Kattowitz eingetroffen. Außerdem hegten die Arbeiter und ihre Führer

das ärgste Mißtrauen zu der Regierung in der Lohnkampffrage.

Es war doch kein Geheimnis, daß die Generaldirektoren mit der Regierung konferiert haben, und was die letzte Fachkommission, unter Führung des Ministerialdirektors Pache, feststellte, wußte ein jeder, der sich für die wirtschaftliche Frage in Polen ein wenig interessiert. Wem das noch nicht genügte,

der wurde, gelegentlich der Budgetberatungen im Warschauer Sejm, eines besseren belehrt.

Der Handelsminister hat im Warschauer Sejm ausdrücklich erklärt, daß zwischen Arbeitgebern und der Regierung ein Lohnabbau in der Schwerindustrie vereinbart wurde, was, mit Rücksicht auf den Kohlenexport, erforderlich war. Man hat schon vor dem Betriebsrätekongreß den Arbeitern klaren Wein eingeschenkt und die Arbeiter vor vollendete Tatsachen gestellt.

Genosse Stanczyk hat sowohl in seinem Referat, als auch in der Debatte, mit Recht darauf hingewiesen,

daß die Regierung nicht als unparteiischer Dritter in dem Lohnkampfe dastehe, denn sie ist mitschuldig an der ganzen Sache

und hat mit den Kapitalisten den Lohnabbau vorbereitet. Schon diese Tatsachen liefern den besten Beweis dafür, daß in diesem Lohnkampfe die Dinge ganz anders liegen, als bei allen früheren Lohnkämpfen.

Auffallend war auch der Mut der Arbeitgeber, die doch sonst sehr kleinlaut waren und kleinlaut sein müssen, weil sie doch aus der Hand der Regierung fressen u. die Subventionen sorgfältig einstecken.

Diesmal haben sie sich aufs hohe Roß gesetzt und etablierten sich als die Diktatoren im Wirtschaftsleben.

Seit der Zeit, wo die Gesamtkündigungen auf den Gruben und Hüttenwerken angeschlagen wurden,

kocht es förmlich in den Kreisen der schlesischen Arbeiterschaft.

Man ruft nach einem Generalstreik und möchte lieber heute, als morgen, den Generalstreik beginnen. Die Betriebsrätekongresse bilden eine Art

Sicherheitsventile, denn die oberschlesischen Arbeiter sind diszipliniert und trauen ihren Führern.

Sie sind zu Verhandlungen gekommen, mit der Absicht,

den Generalstreik zu beschließen.

Doch nahm die Sache eine andere Wendung, die man zwar voraussehen konnte, die aber eine gewisse Enttäuschung den Arbeitern brachte. Die Gewerkschaftsführer erklären, daß während des Kongresses eine Konferenz mit dem Ober-Arbeitsinspektor Klott stattfinden wird, und von dieser Erklärung wird es abhängen, was der Kongreß beschließt. Die Betriebsräte sind auch sehr zahlreich zu den Verhandlungen erschienen. Der große Saal war bombenvoll, und die Galerie war ebenfalls stark besetzt. Wir gehen nicht fehl, wenn wir sagen, daß reichlich 1500 Betriebsräte den Verhandlungen beigewohnt haben. Alle Gewerkschaftsrichtungen mit ihren Führern, waren stark beteiligt, desgleichen auch die Presse. Selbst aus Dombrowa-Gornicza waren Arbeiter vertreten. Die Regierung war auch vertreten, zwar nicht offiziell, aber durch die Konfidenten. Einen solchen Gast hat man ziemlich unsanft aus dem Beratungssaal hinausgeschafft, und andere sind freiwillig gegangen. Ob alle, kann man natürlich nicht sagen, denn die Zahl der Spitzel war nicht klein. Das ist bei uns nichts mehr Neues, denn jede, selbst eine ganz harmlose Versammlung, wird bespitzelt.

Verhandlungen über die Beratungen

Die Beratungen wurden durch den Kollegen Krol eröffnet, der zuerst die Betriebsräte, die Pressevertreter und die Gäste, begrüßte und darauf hinwies, daß in dem Monat Januar bereits die dritte Betriebsrätekonferenz einberufen werden mußte, weil es gilt, die brutalen Angriffe der Arbeitgeber auf die Arbeiterrechte, zurückzuweisen. Auf der Tagesordnung standen drei Referate über die Arbeiterkündigungen und Lohnabbau im Bergbau und im Hüttenwesen und Annahme einer Resolution, ferner die Diskussion und Sonstiges. Vor dem Eingang in die Tagesordnung wurde verlangt, auch die linksstehenden Gewerkschaften zur Verhandlung zuzulassen, was aber abgelehnt wurde.

Als erster referierte Kollege Grajek. Der Redner wies einleitend darauf hin, daß 1905, in demselben Saale eine Arbeiterkonferenz in Lohnfragen stattgefunden hat, die sich siegreich durchsetzen konnte. 1912 und 1913 haben in demselben Saale ähnliche Konferenzen stattgefunden, wo ebenfalls ein Abwehrkampf durchgeführt wurde.

Wenn die Arbeiter heute keine Satisfaktion für den Anschlag auf ihre Rechte bekommen werden, so werden sie ebenfalls den Kampf beschließen,

wie damals vor dem Kriege. Es gilt, nicht nur die Lohnsätze zu erhalten, sondern auch den Anschlag auf die Sozialgesetze abzuwehren. Um die Sozialgesetze kämpft die Arbeiterschaft nicht erst in der Nachkriegszeit, sondern schon seit 50 Jahren! Sie waren schon immer Gegenstand der heftigsten Angriffe der Arbeitgeber und nun bietet sich ihnen eine ausgezeichnete Gelegenheit, den Generalangriff auf die Sozialgesetze zu unternehmen, weil die Wirtschaftskrise da ist. Die Arbeiter werden jedoch in einer geschlossenen Front diese Angriffe abwehren, koste es, was es wolle.

Selbst Leute der Wissenschaft sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die

kapitalistische Wirtschaftsordnung abgewirtschaftet

hat und kommt eine Aenderung nicht, so können wir einen Kampf erleben, wie ihn die Geschichte noch nicht kennt. Wie ein Bankerotteur, der sich durch neue Anleihen retten will, handeln die Kapitalisten und schlagen einen Lohnabbau von 21 Prozent im engeren Kohlengebiet vor,

während in dem südlichen Gebiet weitere 10 Prozent abgebaut werden sollen.

Vor 32 Jahren wurden ähnliche Bekanntmachungen auf den Gruben angeschlagen, aber die Arbeiter haben den Anschlag abgewehrt. Wir stehen vor der Alternative,

entweder uns zu beugen, oder den Kampf aufzunehmen.

Beugen wollen wir uns nicht, und da müssen wir den Kampf aufnehmen. Die gesamte Presse, die auf seiten der Arbeiter steht, hat den Anschlag der Kapitalisten als eine Provokation bezeichnet und das ist es auch. Die Arbeiterkündigungen stellen den gemeinsten Rechtsbruch dar

und es ist zu wenig, die Kapitalisten dafür zu brandmarken, denn man muß energisch ihre Bestrafung fordern

(Zurufe: Nach Brest mit ihnen!) Es ist direkt unerhört, daß 100 bis 200 kapitalistische Haifische, 100 000 Arbeiter auf solche Art provozieren können, ohne daß sie dafür zur Verantwortung gezogen werden. Wird die Regierung sie nicht zur Verantwortung ziehen wollen, dann müssen das die Arbeiter tun. Wir werden das heute den Regierungsvertretern klipp und klar sagen, was die Arbeiter darüber denken.

In der letzten Lohnverhandlung, als die Kapitalisten den Lohnabbau von 21 Prozent vorgeschlagen haben, erklärten sie gleich, daß diese ihre Forderungen voll erfüllt werden müssen, da sonst die Devisenfrage zu einer Frage wird, der Gdinger Hafen zum Stillstand kommt und die Eisenbahn zum Feiern verurteilt wird.

In einer besonderen Broschüre hat ein gewisser Herr Przedpelski den „Nachweis" erbracht, daß die Löhne seit 1926 um 75 Prozent gestiegen sind, während der Teuerungsindex eine Steigerung von 26 Prozent aufweist. Diese Broschüre, die auf Bestellung der Kapitalisten erschienen ist, wurde von diesen überall versendet und den Arbeitervertretern bei den Lohnverhandlungen als „Argument" für den Lohnabbau behändigt. Das ist doch eine ganz gemeine Lüge, weil die Löhne seit 1926 um **58.32 Prozent** gestiegen sind und wenn unsere Währung in Goldwährung umgerechnet wird, dann sind die Arbeiter noch um 13 Prozent, im Vergleich zum Jahre 1926, geschädigt.

Die Direktorengehälter belasten die Produktion um 3 Zloty pro Tonne und machen monatlich 65 Millionen Zloty aus, während 74 000 Arbeiter 180 Millionen Zloty an Lohn ausgezahlt bekommen. Solchen Leuten die ständig lügen, kann nicht mehr geglaubt werden und daher müssen wir eine öffentliche Kontrolle über die Verwaltung der Industriebetriebe verlangen. Die Arbeiter müssen in den Kontrollkommissionen eine Vertretung erlangen und die Betriebsräterechte ausgedehnt werden, erst dann kommt die Wahrheit über die Verwaltungskosten an die Oberfläche.

Wir wollen den Kampf nicht haben, aber wir schrecken vor ihm nicht zurück. Redner verliest dann folgende Resolution und bittet um ihre Annahme, damit die Vertreter dem Herrn Klott die Resolution vorlegen können.

Resolution

1. Der Kongreß fordert von der Regierung kategorisch die Realisierung der Beschlüsse, die in den Betriebsrätekonferenzen am 22. Dezember 1922 und 6. Januar 1931 gefaßt wurden.

2. Angesichts der drohenden Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung, die durch die Gesamtkündigungen auf den Gruben und Hütten durch den Arbeitgeberverband verursacht wurde und einen 21 prozentigen Lohnabbau, fordert der Kongreß die sofortige Rückziehung der Bekanntmachungen, die dem Betriebsrätegesetz zuwiderläuft. Sollte diese Forderung abgelehnt werden, so fällt die volle Verantwortung dafür auf die Kapitalisten.

3. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Kohlenindustrie überhaupt und auf die Aufstellung eines einheitlichen Wirtschaftsplanes und Sanierung der Wirtschaft, wird die Bildung eines staatlichen Kohlenrates verlangt.

4. Als Organ des Kohlenrates muß ein Absatzsyndikat für den Staat berufen werden, das sich aus den Produzenten, Arbeiter- und Angestelltenvertretern, den Konsumenten und Regierungsvertretern zusammensetzen wird. Der Kohlenrat wird die Gestehungskosten und die Absatzbedingungen prüfen und die Allgemeinheit über die Lage informieren. Auch wird der Kohlenrat die Preise für die Kohle festsetzen, den Export regeln und die Herabsetzung der Gestehungskosten überwachen."

Die Betriebsräte stellten eine Reihe von Verbesserungsanträgen zu dieser Resolution, andere verlangten wieder, daß eine besondere Delegation aus den Reihen des Kongresses gewählt werde. Schließlich gelangte die Resolution gegen zwei Stimmen zur Annahme und die Gewerkschaftsvertreter begaben sich mit diesen Beschlüssen zum Herrn Klott, um ihm diese zur Kenntnis zu bringen.

Das zweite Referat hielt Genosse Stanczyk aus Dombrowa-Gornicza. 100 000 Arbeiter sehen sich in eine Zwangslage versetzt, weil die Kapitalisten eigensinnig und in brutaler Weise, die Löhne abbauen wollen und den Arbeitern erklärten, daß ein jeder Arbeiter auf die Straße kommt, wenn er sich dem Diktat nicht fügt. Diese feige Kapitalistenmeute, hat plötzlich Mut geschöpft und tritt bestehende Gesetze mit den Füßen. Warum sie das tun, wissen bereits alle. Ihre Delegationen haben mit Regierungsstellen verhandelt und der Regierung gesagt,

daß sie sonst die Gruben schließen werden, falls ein Lohnabbau nicht durchgeführt werden sollte.

Die Regierung hat grundsätzlich dem Lohnabbau schon im November zugestimmt, da jedoch in dieser Zeit die Lohnverträge noch in Kraft standen, mußte man bis zu der heutigen Zeit warten. Die Regierung besteht auf dem Kohlenexport und hat die Exportprämien bewilligt. Ab 1. Februar zahlt die Regierung keine Exportprämien mehr, und die Kapitalisten müssen die Exportprämien zurückzahlen. Auf solche Art wurde die Beute verteilt.

Dadurch hat die Regierung aufgehört, in diesem Lohnkonflikt neutral zu sein. Man hat die Rollen sehr geschickt verteilt, indem den Kapitalisten freie Hand, den Arbeitern gegenüber, belassen wurde. Wenn es erst zum Krach kommt, dann erscheint die Regierung auf dem Plan und wird vermitteln, was jetzt eben geschieht. Sie wird sich als ein Freund der Arbeiter zeigen wollen, wird die Kapitalisten in die gesetzlichen Schranken zurückweisen, und die Arbeiter vor dem hohen Lohnabbau insofern schützen, als sie die Entscheidung im Lohnkonflikt übernimmt und, anstatt 21 Prozent, 10 bis 15 Prozent vom Lohne abbauen wird.

Hat doch ein Vizeminister im Sejm zugegeben, daß zwischen Regierung und Kapitalisten der Lohnabbau bereits vollzogen wurde. Die Regierung kann daher als unparteiischer Teil im Lohnkampfe nicht entscheiden, weil sie hier Partei ist. Auch die Konkurrenz mit der englischen Kohle in Skandinavien ist ein Unding. England setzt im Inlande 255 Millionen Tonnen ab und liefert nach Skandinavien 5 Millionen Tonnen. Sollte England dieses Quantum verschenken, so kann es sich an dem Inlandskonsum freihalten bei dem großen Kohlenverbrauch im Inlande. Das ist in Polen ein Ding der Unmöglichkeit und wir kommen mit England nicht mit.

Ein Kohlenexport, der auf dem Elend der breiten Volksmassen aufgebaut ist, wird sich nicht halten können, weil der Zusammenbruch kommen wird und kommen muß.

Das ist eine wilde Wirtschaftspolitik, die aus der Arbeiterklasse Bettler macht. Zu dieser Wirtschaft haben selbst die Lenker nicht das geringste Vertrauen, weil sie das, im Lande aus den Arbeitern erpreßte Geld, nach dem Ausland ausführen. Hat doch Herr Lewalski bewiesen, wie es gemacht wird, der das Geld in sicheren Hollandsgulden aufbewahrt. Ein weiterer Lohnabbau bedeutet eine weitere Vertiefung des Elends. Es genügt aber die große Aufregung unter den Arbeitern nicht,

denn damit wird nichts erreicht. Sie macht sich erst bemerkbar, wenn die Arbeiter das Messer an der Gurgel spüren. In diesem Kampfe dürfen die Arbeiter auf fremde Hilfe nicht rechnen, ja, sie müssen darauf gefaßt sein, daß sie von allen Seiten gestört werden. An die Regierung haben wir nur eine einzige Forderung und die ist,

sie möge sich in den Kampf nicht einmischen!

Genosse Buchwald referierte über die

Lage in der Hüttenindustrie.

Der heutige Kongreß befindet sich in einer sehr schweren Lage, da er vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Noch am 15. Januar hat niemand daran geglaubt, daß die Kapitalisten solche brutale Maßnahmen treffen werden, um die kargen Löhne abzubauen. Die ganze Industrie stellt ein Brandherd dar, und die Arbeiter sind daran nicht schuld.

Das ganze oberschlesische Volk leidet furchtbar, die Frauen vielleicht noch mehr, als die Männer, und der Staat sieht diesem Treiben mit Gleichgültigkeit zu.

Die Metallarbeiterverbände haben sich seit langer Zeit redlich bemüht, die Sachlage in der Metallindustrie der Regierung klarzulegen. Sie haben die Mittel gezeigt, die zu einer Besserung führen werden, aber alles umsonst. Die Regierung nahm nicht einmal Kenntnis von allen diesen Vorschlägen. Wohl sind die Kameraden im Bergbau noch ein wenig besser daran, als die Hüttenarbeiter, aber sie werden auch bald so weit sein. Die Arbeiterorganisationen konferierten mit den hiesigen Wojewodschaftsbehörden, mit den einzelnen Ressortministern, selbst an das Oberhaupt des Staates haben sie appelliert, doch wurden sie nicht erhört. Heute stehen die Dinge so, daß wir entweder in diesem Kampfe Sieger bleiben oder untergehen werden.

Von einer Hüttenindustrie kann kaum noch geredet werden, denn das, was in den letzten Monaten geschehen ist, das ist eine schreckliche Katastrophe, die die Hüttenindustrie in einen Friedhof umgewandelt hat.

Bis in die letzte Zeit haben die Verwaltungen den Verwaltungsapparat vergrößert und ausgebaut. Immer neue Kräfte wurden angestellt. (Zwischenruf: Aus Deutschland!) Nein, nicht aus Deutschland, aber vielleicht nicht aus Warschau, denn das, was da angestellt wurde,

das ist ein internationales Gesindel, das nur auf Ausbeutung der Arbeiter eingestellt ist.

Die Betriebsräte der Friedenshütte können hier bestätigen, wie morsch die ganze Wirtschaft in den Hütten ist. Es darf nichts unterlassen werden, um zu verhindern, daß dasselbe in den anderen Betrieben passiert. Nun kommen die Verwaltungen noch mit einem

30 prozentigen Lohnabbau.

Unsere Kollegen sind eben zu Klott gegangen, um mit ihm darüber zu sprechen.

Herr Klott hat noch im Februar 1931 den Arbeitsinspektoren Weisungen gegeben, daß die Löhne nicht abgebaut werden dürfen und zwar weder offen, noch versteckt. Im Juli hat derselbe Herr Klott schon anders gesprochen und erteilte Weisungen, daß lieber die Löhne abzubauen sind, als daß Betriebe geschlossen werden sollten.

Wie er heute reden wird, können wir uns vorstellen. Bei diesem Herrn ist unsere Sache nicht gut aufbewahrt.

Als wir vor 9 Jahren gestreikt haben, kamen zu uns die Herren von der Regierung und überhäuften uns mit Vorwürfen, daß wir die Gesetze nicht beachten. Dasselbe machen heute die Kapitalisten, aber es ist kaum anzunehmen, daß die Herren von der Regierung sie mit Vorwürfen überschütten. Aus dem Zirkular des Arbeitgeberverbandes vom 9. Dezember geht das nicht hervor. Bleiben die 100 000 Arbeiter solidarisch, dann werden wir auch siegen. Am 31. Januar wird es sich zeigen, wie es mit der Arbeiteraufklärung bestellt ist. Wir dürfen uns nicht aus unseren Positionen zurückwerfen lassen,

vielmehr müssen unsere Rechte wesentlich erweitert werden. In allen Industriebetrieben müssen die Arbeiter mitbestimmen, desgleichen auch die Arbeitergewerkschaften.

Nach diesem Referat setzte eine Diskussion ein, die sich sehr in die Länge zog. Gegen 30 Betriebsräte haben sich an der Aussprache beteiligt und eine Reihe von Anträgen wurden gestellt.

Die Diskussion, das war ein einzigster Verzweiflungsschrei der gepeinigten Menschen in den Industriebetrieben, das war eine furchtbare Anklage der gegenwärtigen Zustände, eine Anklage, die auch die Regierung in demselben Umfange trifft, wie die Kapitalisten.

Ein Diskussionsredner sagte in seiner Aufregung, daß die Kapitalisten nicht nach Brest geschickt werden dürfen,

weil dort unschuldige Leute und Idealisten saßen, aber sie gehören an den Galgen.

Während der Diskussion erschien die Vertretung vom Ober-Arbeitsinspektor Klott. Die Diskussion wurde unterbrochen und Herr Grajek verlas das Schreiben von Herrn Klott, das auch vom Herrn Maske unterzeichnet war. Einleitend in dem Schreiben heißt es,

daß die Arbeitgeber den Rechtsweg verlassen haben,

weil sie die Gesamtkündigung, unter Umgehung des Betriebsrätegesetzes, ausgesprochen haben. Die begonnenen Lohnverhandlungen haben sie nicht zu Ende geführt und keinen Lohnvertrag abgeschlossen. Die Lohnstreitfrage wurde nicht an den Schlichtungsausschuß geleitet.

Eigenmächtig hat der Arbeitgeberverband eine 21 prozentige Lohnkürzung angekündigt, ohne daß die gesetzlichen Mitteln und Instanzen angewendet, bezw. angerufen wurden. Deshalb erklären die Regierungsvertreter, daß die angekündigte Lohnkürzung gegenstandslos ist und daß der Demobilmachungskommissar die Sache an den Schlichtungsausschuß leiten wird.

Zu dieser Erklärung sagte Herr Grajek, daß die Regierungsvertreter der Delegation sagten,

daß eine Lohnkürzung unvermeidlich ist, sie wird aber weniger schmerzlich sein.

Die Arbeitervertreter lehnten entschieden jeden Lohnabbau ab. Auch konnten die Regierungsvertreter nicht sagen, ob dann die Arbeiter voll beschäftigt werden oder nicht. Für die Hüttenindustrie wird gesondert verhandelt werden.

Genosse Stanczyk sagte, daß die Arbeiter kein Vertrauen zum Schlichtungsausschuß haben, weil dort die Regierung entscheidet, und die Regierung ist in diesem Falle die Partei. Der Kampf muß mit den Kapitalisten, bei Ausschaltung der Regierung, durchgeführt werden.

Grajek besteht jedoch darauf, daß der gesetzliche Weg beschritten wird, und nach der Entscheidung wird wiederum der Betriebsrätekongreß zum eventuellen Lohnabbau Stellung nehmen. Eine Reihe von Rednern verlangt die

Ablehnung der Erklärung der Regierungsvertreter und Bildung einer Streikleitung.

Schließlich wurde doch mit einer Mehrheit für den gesetzlichen Weg entschieden, woraufhin die Beratungen geschlossen wurden.

Polnisch-Schlesien

Hysterischer Anfall des „Oberschlesischen Kuriers"

Die Schreiblinge am Königshütter Hüttenteich scheinen wieder einmal Lust zu verspüren, etwas auf die Finger geklopft zu bekommen. Immer, wenn man diesem Königshütter Christentum etwas die Maske lüftet, schaut die Teufelsfratze heraus. Da wir nun einmal Lästermäuler nach den Begriffen der Denunzianten in der Königshütter Redaktion sind, so wollen wir ganz im christlichen Jargon unsere Antwort geben, wiewohl wir wissen, daß dieses Christentum in der Redaktion des Kuriers nichts mit Katholizismus zu tun hat, und einer der Schreiblinge hat ja, wo es um etwas ging, auch nicht davor gescheut, hohe kirchliche Persönlichkeiten anzugreifen, nur aus christlicher Nächstenliebe. Und wie echt dieses Christentum ist, das beweist am besten der Umstand, daß es der verstorbene Bischof Lisiecki abgelehnt hat, einen der früheren Redakteure des Kuriers als Vertreter der deutschen Katholiken zu empfangen, und nun mögen unsere Leser selbst beurteilen, wer geistig abgewirtschaftet hat. Der „O. K." hätte alle Ursache, ein wenig mit den Wahlausgängen zu renommieren, bescheidener zu sein, denn, während die Stimmen der deutschen Sozialisten, wenn auch sehr bescheiden, von Wahl zu Wahl steigen, haben es sogar die Katholiken im Sejm von 15 auf 7 Abgeordnete gebracht, aber immer posaunen sie ihre Erfolge heraus, obgleich die Pleite zum Himmel stinkt.

Der „O. K.", der etwas in seiner Berichterstattung über Friedenshütte korrigiert worden ist, schreit „Zeter und Mordio", weil seine Lügenhaftigkeit wieder einmal bloßgestellt würde. Aber ist es denn das erstemal, daß der „Kurier" die Polizei ruft? Wir erinnern nur an die Rede Dr. Pants im ersten Schlesischen Sejm, als die Bielitzer Arbeiter demonstrierten u. von der Polizei angegriffen wurden, da sprach Herr Pant sein Lob der Polizei aus, weil sie sich gegen die Sozialisten „tapfer" benommen habe; man schrie aber wenige Wochen später ganz anders und protestierte, als in der Schießstätte eine deutsche Versammlung von Rowdys gesprengt wurde und Polizei leider nicht zugegen war. Aber warum braucht man sich über die „Kurier"-Schreiblinge zu wundern, sie denunzieren ja sogar deutsche Lehrer, wenn sie nicht gerade echt katholisch abgestempelt sind, und wie man sich eines sozialistischen Redakteurs zu Denunziationen bedient hat, darüber wäre auch etwas zu sagen, wenn die Herren etwas Lust dazu verspüren. Im „Oberschlesischen Kurier" sind Denunziationen Geburtsfehler, für die wir weder die Katholische Volkspartei noch ihre Führung verantwortlich machen möchten, aber wenn man Kindern etwas überläßt, wozu ihre geistige Reife nicht reicht, dann ist es kein Wunder, wenn sie in hysterische Anfälle verfallen, sich über Ton und Polemik beschweren, die sie selbst herausfordern und dann gegen den Sozialismus nach dem Staatsanwalt rufen. Die Dummköpfe in der Redaktion des „Oberschlesischen Kuriers" finden es für selbstverständlich, daß sie die sozialistische Idee durch die Gosse ziehen dürfen, nur ihre „Anschauung" ist heilig und unantastbar, aber man macht, wenn man mit dem Christentum nicht weiter kann, gern Anleihen beim Sozialismus, der, nach Angaben des Sudelfritzen im „Kurier", vollkommen bankerott ist, warum also dann den hysterischen Kampf gegen Tote?

Aber wenn Brüning von Gnaden der Sozialdemokratie lebt, so ist das in Ordnung, wenn Imbusch die Sozialisierung fordert, ein sozialistisches Prinzip, so ist das wahrscheinlich Gotteserleuchtung, aber was brauchen die Redakteure davon etwas zu wissen, ihnen genügt es, wenn sie einen Eimer echtchristlicher Jauche als Resolution am Parteitag auf den „Volkswillen" ausgießen. Immer weiter so! Einst kommt der Tag, wo auch dem „O. K." die Augen aufgehen werden, wie einst seinem früheren Chef Wenske, der Treue und Opfer dem Arbeiter- und Soldatenrat von Königshütte anbot, aber zur Tür hinausgeworfen wurde, eben, weil er ein zu guter Christ war! Und wenn sich Dinge, wie in Spanien, Rußland und Mexiko leider wiederholen, dann dank dieser „gottesfürchtigen" Arbeit gewisser Christen, die genau so schön poltern können, wie dies in dem Sudelartikel des „Oberschlesischen Kuriers" zum Ausdruck kommt. Gute Fahrt! Zwischen sozialistischen Flegeleien und hysterischen Rufen nach dem Staatsanwalt gibt es doch gewisse Unterschiede, aber die Schreiblinge im „O. K." werden es kaum fassen, darum laßt die Armen am Geist selig ruhen!

Achtung! Parteigenossen, Gewerkschaftler und Klassenkämpfer!

Partei, Gewerkschaften und Bund für Arbeiterbildung berufen für

Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 Uhr nach Königshütte ins „Volkshaus"

eine gemeinsame

Konferenz

mit folgender Tagesordnung ein:

1. Gewerkschaftskampf in der Krise, Ref. Gen. Hermann.
2. Die Aufgabe der Kulturorganisationen der Arbeiterschaft, Ref. Gen. Buchwald.
3. Politik und Kultur im Dienst des Sozialismus, Ref. Gen. Kowoll.
4. Diskussion zu genannten Referaten.
5. Beschlußfassung über die Plattform der Zusammenarbeit.

Die Beschickung der Konferenz erfolgt nach Maßgabe der in den Rundschreiben gegebenen Direktiven. Mandate und Mitgliedsbücher legitimieren.

Pflicht eines jeden Klassenkämpfers für die sozialistische Sache ist es, dem Ruf seiner Organisation zu folgen, an der Konferenz teilzunehmen.

Die Einberufer:

Buchwald Knappik Kowoll.

Zigeunerinnen als Heilkünstlerinnen

Eine Zigeunerin versteht alles. Sie kann jedem seine Zukunft voraussagen, sie kann Vieh und Menschen heilen, und ihre Hilfe wird immer noch massenhaft in Anspruch genommen, obwohl alle wissen, daß eine Zigeunerin noch viel besser als die Heilkunst das Stehlen und Betrügen beherrscht. Auf diesem Gebiete sind die Zigeunerinnen wirklich Künstlerinnen und sie stehlen so geschickt, daß man sie dabei nur in den seltensten Fällen erwischt.

In der Lubliner Wojewodschaft, in Nuzec, ist der Besitzer des Sägewerks, Eichler, erkrankt. Zu den Aerzten hatte Eichler nicht viel Vertrauen und meinte, daß sie nur auf das Geld eines Kranken abgesehen haben. Frau Eichler war um ihren Mann sehr besorgt und teilte seine Anschauung über die Aerzte, denn sie hat sich schon überzeugt, daß die ärztliche Hilfe nicht viel wert sei. Man hat ihr erzählt, daß die Zigeunerinnen die Heilkunst viel besser besorgen als ein Arzt, und sie suchte auch eine Zigeunerbande auf, um sich die vielgepriesenen „Heilkünstlerinnen" zu holen. Sie hat sie auch bald gefunden, und zwar die Zigeunerinnen Anna Brylowicz und Helene Grabowska. Beide „Heilkünstlerinnen" versprachen Frau Eichler sich des Kranken annehmen zu wollen und erschienen auch zu diesem Zwecke in der Wohnung Eichlers. Sie haben den Kranken „untersucht" und sagten Frau Eichler, daß sie ihn „gründlich heilen" werden, und zwar durch Hexerei und Beschwörung. Als ihre Heilkunst einsetzte, sagten sie zu Frau Eichler, daß dazu alle Kostbarkeiten im Hause unbedingt notwendig seien. Die Kostbarkeiten müssen ihnen ausgehändigt werden, was auch erfolgte. Aber jetzt, nachdem sie im Besitz der Kostbarkeiten waren, ging es mit der Heilkunst noch nicht glatt vonstatten. Da sagte eine Zigeunerin zu Frau Eichler, daß im Hause noch Gold und Silber vorhanden sein müssen, weil die Wirkung der Hexerei immer noch nicht so ist, wie sie sein soll. Frau Eichler mußte noch einmal alle Schlupfwinkel durchstovern und sie zog die sorgfältig aufbewahrten Goldrubel aus dem Versteck hervor und behändigte es den Zigeunerinnen. Jetzt wird die Heilung rasch vor sich gehen — sagten die Zigeunerinnen und versprachen, daß sie die Kostbarkeiten und das Goldgeld sofort wieder zurückgeben werden, so bald der Kranke genesen wird. Sie verschwanden damit und Eichler wartete vergebens auf seine Genesung und Frau Eichler auf ihre Kostbarkeiten und das Geld. Die „Heilkünstlerinnen" haben sich eben aus dem Staube gemacht. Das war selbst der naiven Frau Eichler doch zu viel des Guten und sie lief jetzt zur Polizei, damit diese die „Heilkünstlerinnen" suche. Die Polizei hat sie gefunden und eingesperrt. Am 14. d. Mts. hat in Biala Podlaska gegen die beiden Betrügerinnen eine Gerichtsverhandlung stattgefunden und das Gericht steckte sie für je ein Jahr ins Gefängnis hinein. Herr Eichler ist zwar noch immer nicht geheilt, aber seine Frau soll gründlich geheilt sein.

Die Polizei schießt in die Arbeitslosen

1 Toter und 11 Verwundete.

In Paruschowitz fand gestern um 2 Uhr nachmittags eine Arbeitslosenversammlung statt, an der etwa 1000 Arbeiter teilgenommen haben. Als Hauptredner trat Motyka auf, der in sachlicher Weise die schwere Lage der Arbeitslosen schilderte. Nach ihm sprach ein gewisser Emil Gerz aus Kattowitz, der die Arbeiter auf demagogische Art aufhetzte. Motyka hat ihm geantwortet, aber die Arbeiter wollten die Vorschläge des Arbeitslosenkomitees nicht zur Kenntnis nehmen. Die Versammlung ging jedoch ohne größere Störungen auseinander. Vor dem Versammlungslokal standen die Arbeiter gruppenweise und debattierten über das in der Versammlung Gehörte. In demselben Moment erschien eine Polizeiabteilung, mit Gewehren und Gummiknüppeln ausgerüstet und in Stahlhelmen, und trieb mit den Gummiknüppeln die Arbeiter auseinander. Das Einhauen mit dem Gummiknüppel hat unter den Arbeitern eine große Aufregung hervorgerufen, und die Arbeiter haben die Polizei mit Steinen beworfen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Ein Teil der Arbeiter flüchtete hinter die Bahnstrecke und bewarf von dort aus die Polizei mit Steinen. Daraufhin feuerte die Polizei mehrere Salven in die Arbeitermassen. Die Folgen waren fürchterlich. Ein Arbeiter blieb in seinem Blute liegen und mehrere Arbeiter trugen Verletzungen davon. Den Namen des Getöteten konnte man einstweilen nicht feststellen, weil er keine Ausweispapiere bei sich hatte. Ferner wurde ein Bäcker schwer verletzt. Eine verirrte Kugel traf den Gymnasiasten Spiewok, der ebenfalls schwer verletzt wurde. Der Arbeitslose Ogiermann erhielt einen Kopfschuß. Insgesamt sind ein Toter und 11 Verletzte zu beklagen. Mehrere Polizeibeamte trugen ebenfalls Verletzungen davon.

Eine Steueraffäre in Kattowitz

Die Staatsanwaltschaft ließ die Bücher bei der Firma Kotzias beschlagnahmen und den Direktor der Firma verhaften. Alle Angestellten der Firma, 15 Personen, wurden durch den Untersuchungsrichter vernommen. Außerdem wurden drei Finanzbeamte des Kattowitzer Finanzamtes auf Anordnung des Untersuchungsrichters verhaftet.

Sonntagsarbeit im Friseurgewerbe während der Karnevalszeit

Nach einer Mitteilung des schlesischen Wojewodschaftsamtes können an den Sonntagen während der Karnevalszeit, und zwar am 24. und 31. Januar, sowie am 7. Februar d. J. in der Zeit von 8—12 Uhr vorm. die Friseur- und Perückenmachergeschäfte innerhalb des Bereichs der Wojewodschaft für das Publikum offengehalten werden. Y.

Erklärung

Im „Volkswille" vom 23. September, Nr. 218, erschien ein Bericht über eine gerichtliche Verhandlung in der Strafsache gegen den Kaufmann Engelberg und Gen. Der Bericht, soweit er sich auf die Person des Oberwachtmeisters Puszer von der Kriminalabteilung bezog, beruhte auf falschen Informationen. Nachdem wir uns überzeugt haben, daß die gegen Herrn Puszer gerichteten Angriffe unberechtigt waren, nehmen wir dieselben zurück und bitten um Entschuldigung. Raiwa Theodor.

Kattowitz und Umgebung

Die Eichenauer Gemeindeväter an der Arbeit.

Nach einer längeren Ruhepause fand hier wiederum eine Gemeindevertretersitzung statt. Man glaubte, daß es ohne Diskussion kaum gehen wird. Die Gemeindevertreter aller Richtungen, haben sich aber überzeugt, daß man bei einer sachlichen Verhandlung eher zum Ziele kommt. So wurde auch diese Sitzung mit einer sachlichen Debatte erledigt. Zur Beratung standen 14 Punkte. Punkt 1 betraf die Genehmigung der Kopalnia Polska, unter der Mühlstraße einen Vortrieb zu gestatten, um die hinter der Mühlstraße gelegenen Kohlenfelder zu erschließen. Dieser Antrag wurde genehmigt, wenn die Kopalnia Polska eine Kaution

der Gemeinde von 1500 Zloty hinterlegt und für sämtliche Schäden aufkommt. Ferner wurde die Genehmigung erteilt, eine freigewordene Wohnung in der Schule 2 in eine Schulklasse umzubauen. Der Umbau einer Wohnung für den Lehrer Kopytko in der Schule 2 wurde gestattet. Dem Kioskenbesitzer Urbeinczyk wurde der Pachtzins auf 10 Zloty pro Monat festgesetzt. Die Desinfektion der Telefonapparate in der Gemeinde wurde der Firma „D. A. Tel." aus Kattowitz übergeben. Zur Bestreitung der Unkosten für diesen Zweck wurde ein Kredit von 60 Zloty beschlossen. Ein Antrag des Herrn Kwasny um Verzicht auf die Baufluchtlinie wurde angenommen, da Herr Kwasny eine in der Baufluchtlinie auf der ul. Siemianowicka stehende Scheune in ein Wohnhaus umbauen will. Alsdann wurden 20050 Zloty Zusatzkredite, die man zur Erhaltung der Arbeitslosen benötigt, bewilligt. In Wirklichkeit war es nur eine Verschiebung der Budgetpositionen, denn zur Deckung dieser Kredite wurden andere Positionen im Budget gekürzt. Für den Mandolinenklub des „Tur" wurde eine Subvention von 150 Zloty bewilligt. Ein Zusatzstatut über die bestehende Marktordnung wurde angenommen. Die Gemeinde beabsichtigt einen zweiten Wochenmarkt einzuführen, was der Gemeinde und den Bürgern von großem Vorteil wäre. Dem Invaliden Strzcha wurde aus Anlaß seines 50. Ehejubiläums eine einmalige Gabe von 50 Zloty genehmigt. Das der Harriman-Gesellschaft gehörige Gelände an der Mühlstraße wurde als Baugelände anerkannt und mit der Bauplatzsteuer belastet. Unter Verschiedenes gab der Gemeindevorsteher zur Kenntnis, daß die Hauptsorge in der Gemeinde die Arbeitslosen bilden. Trotz aller Bemühungen ist es unmöglich, allen Forderungen der Arbeitslosen gerecht zu werden. Die Gelder fließen nicht so ein, wie es erforderlich wäre. Gemeindevertreter Raiwa fragte den Gemeindevorsteher, ob die Eisenbahndirektion auf ihre Versprechung, eine Uebergangsbrücke zu bauen, vergessen hat, da die versprochene Brücke aus Piekar in Rojca aufgestellt wird. Eine Kommission, bestehend aus dem Gemeindevorsteher, den Gemeindevertretern Schidlo und Raiwa soll noch einmal bei der Eisenbahndirektion intervenieren. Alsdann fand eine Sitzung des Amtsausschusses statt. Es wurde eine polizeiliche Verordnung über den Verkauf von Zucker und Backwaren auf den Wochenmärkten angenommen. Ferner wurde die Errichtung eines zweiten Marktplatzes auf dem Gelände des Herrn Minkus oder dem freien Platz am Volkshaus besprochen. Diese Angelegenheit wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, da man die Verpachtung des freien Platzes von den Hohelohewerken erhalten muß. Auch wurde ein Beschwerdeschreiben der ortsansässigen Geschäftsleute wegen der Abhaltung des zweiten Wochenmarktes zur Kenntnis genommen. *

Königshütte und Umgebung

Vor der Erweiterung der städtischen Markthalle.

Als vor 25 Jahren, die in den heutigen Ringanlagen abgehaltenen Wochenmärkte nach der neuerbauten städtischen Markthalle verlegt wurden, ahnte niemand, daß sich die große Markthalle einst zu klein erweisen wird. Und doch ist dies im Laufe der Jahre eingetreten, denn der kurz darauf neben der Markthalle angelegte freie Platz, mußte im vorigen Jahre erneut erweitert werden und ist heute mit Standplätzen vollständig belegt. Da eine große Nachfrage nach Standplätzen nach wie vor besteht, befaßte man sich schon vor Monaten mit der Erweiterung der bisherigen Halle. Der Bau würde sich auf dem freien Platz zwischen der bisherigen Markthalle und dem Schlachthofe bewegen.

Aus diesem Grunde kam gestern die Markthallenkommission im Rathause zu einer Sitzung zusammen, um zu den bereits ausgearbeiteten Projekten Stellung zu nehmen. Den Plänen nach, würde der Hallenbau eine Länge von 80 Mtr. eine Breite von 30 Metern und eine Höhe von 80 Metern aufzuweisen haben. Die gesamte Kubatur würde 16100 Quadratmeter betragen. Neben der Schaffung von mehreren hundert Standplätzen sollen die Kühlhallen eine bedeutende Vermehrung erhalten, die Verladerampe soll so erweitert werden, daß Lokomotiven der größten Ausmaße die Einfahrt passieren können. Zwecks Rangierung der täglichen Waggons für die Markthalle und den städtischen Schlachthofs wird der Ankauf einer Dieselmotor-Lokomotive erwogen. Nach Fertigstellung der neuen Halle soll die Erwärmung durch eine Zentralheizungsanlage erfolgen, was bis jetzt durch Oefen geschieht und sich als sehr unpraktisch und unrentabel erweist. Im Erdgeschoß sind geplant 24 offene Läden einzurichten, ferner im ersten Stockwerk die Erbauung eines Raumes zum Schlachten von Geflügel für die Händler. Für die Markthallenarbeiter eventuell auch für Händler soll Badegelegenheit geschaffen werden. Die Gesamtkosten würden etwa 800000 Zloty betragen. Das benötigte Geld soll durch eine Anleihe oder von der Stadtsparkasse beschaffen werden. Die Amortisierung wäre den auskalkulierten Einnahmen nach eine gute, und die Anleihe könnte in 10 Jahren ausgeglichen werden.

Der Ausschuß sprach sich nach langer Aussprache aus Zweckmäßigkeitsgründen für den Bau aus, zumal bei den Bauarbeiten eine größere Anzahl von Arbeitslosen und Firmen Beschäftigung und Lieferungen finden würden. Ganz besonderen Wert legte man der hygienischen Seite zu, damit die feilgebotenen Waren und Lebensmittel jeglichen Witterungseinflüssen entzogen werden. Eine Ueberdachung des bisherigen Platzes in Form der Errichtung der Halle würde sich auch für die Händler von Vorteil erweisen. m.

Nachträgliches zur Stadtverordnetenversammlung. Zu den hohen Besteuerungen und Versteigerungen, die in der letzten Stadtverordnetensitzung behandelt wurden, ist nachzutragen, daß ein Ausschuß aus den Stadtverordneten Goldmann, Schmidt, Lazar, Fus, Mathea und Golczyk gewählt wurde und der beim hiesigen Finanzamt vorsprechen wird, um eine Abstellung der bisherigen Maßnahmen des Finanzamtes zu erreichen. m.

In der Spielhalle bestohlen. Vor einiger Zeit wurde an der ul. Wolnosci eine Spielhalle errichtet, in welcher man gegen ein entsprechendes Entgelt sich am Freischießen, Würfelspiel usw. beteiligen kann. Im Gewinnfalle sind lohnende Preise ausgesetzt. Ein gewisser Laszczyk, von der ul. Piastowska 19, brachte bei der Polizei zur Anzeige, daß er in dieser Spielhalle von einem gewissen Wilhelm Woznicki um einen Gewinn im Werte von 100 Zloty gebracht wurde. L. beteiligte sich am Spiel mit den Würfeln. Als nun W. sah, daß die Würfel die zum Gewinn notwendigen „Augen" zeigten, brachte er die Würfel durch eine Handbewegung in eine andere Lage. Da der Gewinn nicht zur Auszahlung gelangte, hat L. bei der Polizei Strafanzeige gestellt. m.

Einbruch in die Markthalle. Unbekannte drangen in die Kühlhalle der Händlerin Anna Dytmann, von der ul. 3-go Maja 77, in der städtischen Markthalle ein und entwendeten eine größere Menge Marktwaren. Als Täter wurde ein gewisser Franz Minzdorf, ohne ständigen Wohnsitz, ermittelt.

Wird die Gasanstalt von der Stadt übernommen? Infolge fortgesetzter Klagen über die schlechte Beschaffenheit des Königshütter Gases, bezw. des hohen Preises der Gasmünzen, wurden bei der letzten Haushaltungsplanberatung infolge der Mitbeteiligung der Stadt an diesem Unternehmen, Wünsche laut, dahin zu wirken, unter Umständen die Gasanstalt in eigene Regie zu übernehmen. Bekanntlich steht die Königshütter Gasanstalt auf städtischem Boden, an der ulica Cmentarna. Das eigenartige Verhältnis der Stadt zur Gasanstalt ist durch einen besonderen Vertrag geregelt, wonach immer nach Ablauf von fünf Jahren bei vorheriger Kündigung die Möglichkeit besteht, die Uebernahme durch die Stadt zu ermöglichen. Die städtischen Körperschaften sind nicht abgeneigt, die Gasanstalt in eigene Bewirtschaftung zu übernehmen. um den berechtigten Klagen über den hohen Gaspreis usw. gerecht zu werden. Im Verhältnis zu den anderen oberschlesischen Gasanstalten ist der Königshütter Gaspreis als viel zu hoch angesetzt. Wenn man im allgemeinen im Lohn-, Gehalts- und Preisabbau steht, so müßte sich auch die Leitung der Gasanstalt entschließen, ihren bisherigen Preis zeitgemäß herabzusetzen. Die Möglichkeit der Aufkündigung des Vertragen ist in diesem Jahre vorhanden und wird voraussichtlich, wenn die Gasanstalt sich eines Besseren nicht besinnen wird, erfolgen. Bei diesjähriger Kündigung des Vertrages könnte die Uebernahme erst nach Ablauf von fünf Jahren erfolgen. An maßgebender Stelle wird gehofft, daß die Gasanstalt den Gaspreis zugunsten der Bürger herabsetzen wird. m.

Ausgeloste Anleihe. Die Stadt Königshütte hat während des Krieges von der Stadt Hamburg Kriegsanleihen, in Form von Wertpapieren erworben. Diese Anleihe kam unter das Auslosungsrecht; so daß die Besitzer neben dem gesetzlichen festgesetzten Aufwertungsprozentsatz unter Umständen noch größere Beträge ausgezahlt erhalten werden. Zu diesen gehört auch die Stadt Königshütte, der dieser Tage die Mitteilung zugegangen ist, daß durch die Auslosung ein Betrag von 3100 Mark auf besonders angegebene Nummern fällig geworden ist. m.

Siemianowitz

Ein neuer Kniff. Gestern erschien im Konsum „Vorwärts" ein unbekannter Mann und kaufte für ca. 30 Zloty Waren ein. Da zufällig jemand im Laden war, entfernte er sich ohne die Ware mitzunehmen mit dem Bemerken, daß er einen Jungen zum Tragen holen wolle. Die Geschäftsführerin, welcher die Sache etwas verdächtig vorkam, schickte um ihren Vater, damit sie für alle Fälle jemand zur Hand habe. In dem Augenblick da wieder niemand im Laden war, erschien der Fremde wieder, jedoch gelang es ihm nicht, die Ware zu nehmen, da dauernd Käufer ins Geschäft kamen. Er nahm unter diesen Umständen die Ware nicht in Empfang und entfernte sich, um später wieder zu kommen. Offenbar beabsichtigte der Mann, die Ware ohne Bezahlung mitzunehmen, was ihm jedoch nicht gelang. Also ist größte Vorsicht geboten!

Myslowitz

Blutige Nachtbilder aus Rosdzin-Schoppinitz. Eine Bande von vier Mann ist in die Restauration bei Stein, in der Nähe des Eichenauer Marktplatzes an der Hüttenstraße, eingedrungen. Der Pächter wurde mit Biergläsern, Möbelstücken und einem Messer verletzt. Er zog sich vor den Banditen in die Küche zurück, wo in einem Wagen ein vier Monate altes Kind schlief. Die Scheiben in der Tür wurden mit Biergläsern eingeschlagen. Auch die Frau des Pächters wurde verwundet. Auf der Straße wurde ein Junge, der auf dem Rücken Heu trug, von einem der Banditen, der die Abendkasse mit sich gehen ließ, mit einem Messer gestochen und verletzt. Die Polizei nahm nach heftigem Widerstand die Banditen Kroll, Kozok, Fritsch und Moll fest. Einem der Beamten wurde ein Finger der rechten Hand fast ganz weggebissen. Ein Nachspiel folgte auf dem Polizeikommissariat. — Ein Fleischer, der des Weges ging, wurde von einem unbekannten Mann angehalten, geschlagen und beraubt. Die Polizei verhaftete gleich darauf den aus Eichenau stammenden Arbeitslosen Guminiak, der es aber nicht gewesen ist. Das größte Verbrechen an der Menschheit ist die Arbeitslosigkeit mit den hohen Direktorengehältern... h.

Es wird gebaut. Das neben dem neuen Rathaus in Janow im Vorjahre im Rohbau fertiggestellte Beamtenwohnhaus, das wegen der Geldmisere nicht weiter gebaut werden konnte, wird, nachdem die Gemeindeverwaltung eine 100000-Zloty-Anleihe erhalten hat, erneut in Angriff genommen. Bei günstigen Verhältnissen dürfte der Bau im Sommerhalbjahr beziehbar werden, was dazu beitragen würde, mehrere freie Wohnungen für die Wohnungssuchenden der Gemeinde zu erhalten. —h.

Rosdzin-Schoppinitz. (Winterfreikohle für Arme und Arbeitslose.) Gestern, sowie am heutigen Vormittag, wurden von der Arbeitslosenfürsorgestelle in Rosdzin-Schoppinitz, im ehemaligen Gemeindeverwaltungsgebäude der Gemeinde Rosdzin, an Arbeitslose und Ortsarme, die im November, bezw. Dezember, vorigen Jahres keine Winterkohle zugewiesen erhielten, Bons für freie Zuweisung der Kohle verteilt. —h.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Verkehrsunfall. Das Personenauto Sl. 2044 prallte auf der ul. Piasniki in Schwientochlowitz gegen einen Straßenbahnwagen. Der Kraftwagen wurde durch den heftigen Zusammenprall schwer beschädigt. Vier, im Auto befindliche, Passagiere, und zwar Johann Mildner, Helene Mildner, ferner Karl Przybytek und Elisabeth Müller, erlitten durch die zertrümmerten Glasscherben Gesichtsverletzungen. Nach den, inzwischen eingeleiteten polizeilichen, Feststellungen soll der Autolenker die Schuld an dem Verkehrsunfall tragen, welcher ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatte. x.

Brzeziny. (17jähriger Radler vom Fuhrwerk angefahren.) Auf der Chaussee nach der Ortschaft Brzeziny, wurde von einem Fuhrwerk der 17jährige Radfahrer Kurt Piesczyk aus Brzozowic angefahren. Der junge Mann kam zu Fall und erlitt durch den Aufprall auf einen Chausseestein Verletzungen im Gesicht und an den Händen. Die Schuldfrage steht z. Zt. nicht fest. x.

Bismarckhütte. (Die Chaussee von Bismarckhütte nach Radoschau—Kochlowitz.) Man möchte es gar nicht für möglich halten, das es im Jahre 1932 noch derartige Straßen gibt, wie die Straße von Bismarckhütte nach Radoschau—Eisenbahntunnel. Fast jeder Mann war im Kriege gewesen und hat auch ruinierte Chausseen und Straßen gesehen. aber in Friedenszeiten eine solche Straße zu haben, wie die obengenannte wo es Arbeitslose genug gibt, die hier eingreifen könnten um etwas Geld zu verdienen, ist als Rücksichtslosigkeit anzusehen. Es werden nur Straßen in der Stadt gebaut, während Landstraßen sich im unglaublichen Zustande befinden. Wir appellieren deshalb noch einmal an die Behörden, nun endlich die obenangeführte Straße in Ordnung bringen zu lassen, damit die Arbeiter auf einer passierbaren Straße ihrer Beschäftigung nachgehen können. Es gibt genug Hüttenschlacke mit welcher die Straße ausgebessert werden könnte. Hoffentlich genügen diese Zeilen, um unsere Behörden an ihre Pflichten, gegenüber den Steuerzahlern zu erinnern.

Friedenshütte. (Der Tod unterm Auto.) In Friedenshütte ereignete sich gestern ein bedauernswerter Unfall, der leider mit dem Tode eines jungen, hoffnungsvollen Menschen endete. Der 23jährige Chauffeur, Maximilian Gregorczyk aus Friedenshütte, der beim Bäckermeister Krause beschäftigt war, führte, unter dem Auto liegend, Reparaturarbeiten an diesem aus, trotzdem der Motor angelassen war. Durch die giftigen Auspuffgase wurde der Arme bewußtlos. Vorübergehende Feuerwehrleute entdeckten den Unglücklichen. Er wurde sofort in das Hüttenlazarett eingeliefert, wo man an ihm mehrstündige Wiederbelebungsversuche anstellte. Leider blieben dieselben erfolglos.

Neudorf. (Belegschaftsversammlung auf Hillebrandtschacht.) Die Provokation der Grubenbarone, hat die Bergarbeiter auf die Beine gebracht. Sie fangen an, klassenbewußt zu denken und besuchen die Versammlungen, weil es sich hier um ihre Existenz handelt. So wie auf allen anderen Gruben, wurde auch auf Hillebrandtgrube eine Belegschaftsversammlung abgehalten, an der man zu der Kündigung im Bergbau Stellung genommen hat. Die Belegschaft ist vollzählig erschienen. Von den vier erschienenen Referenten sprach als erster der Leiter des Bergarbeiterverbandes, Nitsch der in längeren Ausführungen den Schritt der Kapitalisten als eine große Machination hinstellte, um den Arbeitern 21 Prozent vom Lohne zu rauben und dazu noch alle sozialen Errungenschaften zu beseitigen. Als nächster Redner sprach der Vertreter der Federacja, Dryjczek, der ganz anderer Ansichten war wie sein Vorredner Nitsch. D. sagte unter anderem, daß sich die Arbeiter geduldigen sollen, denn die starke Hand des Marschalls Pilsudski wird die Kapitalisten mit der Peitsche aus Polen vertreiben. Das hat er aber nicht gesagt, daß die Peitsche dauernd über den Köpfen der Arbeiter geschwungen wird. Die nächsten Redner, vom Zentralverband und der Berufsvereinigung sprachen im Sinne des ersten Redners. Der Betriebsrat forderte die Belegschaft auf, eine Protestresolution anzunehmen, was die Belegschaft auch getan hat. In der weiteren Diskussion sprach auch ein 20jähriger Jüngling, der die Gewerkschaftsführer als Verräter hinstellte und behauptete daß im Jahre 1921 dieselben die Arbeiterklasse verraten haben und seit der Zeit geht es immer abwärts. Es hat sich aber herausgestellt, daß dieser Jüngling bis zum Jahre 1926 die Schulbank gedrückt hat und von Arbeiterinteressen nichts gewußt hat. Bemerken möchten wir, daß die Betriebsleitung, die zu dieser Versammlung eingeladen war, abgelehnt hat, zu derselben zu erscheinen. Aber an den Türen da wurde von den feigen Herren gehorcht. Die Resolution: Die Belegschaft der Hillebrandtgrube in Stärke von 1500 Mann, protestiert aufs Schärfste gegen die Nichtachtung der gesetzlichen Verträge durch die Arbeitgeber. Die Belegschaft fordert die sofortige Abnahme der provokatorischen Aushänge in den Betrieben. Wir wollen nicht als Kontrahenten der Tarifverträge in Frage kommen. Der Betriebsrat wird ermächtigt, unsere Forderungen auf dem schnellsten Wege an die gesetzlichen Instanzen zu übermitteln. *

Pleß und Umgebung

Emanuelssegen. (Es macht sich!) Die, im „Volkswille" ins rechte Licht gerückten, Zustände des hiesigen einzigen Kaufhauses, sowie über die beabsichtigte Einschränkung des Warenverkaufs auf dem Markte, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Preise sind erheblich heruntergesetzt worden, auch das Personal braucht nicht mehr solange zu arbeiten. Hoffentlich organisiert sich das Personal und wählt sich in diesem Unternehmen einen Betriebsrat. Von der geplanten Einschränkung des Marktwarenverkaufes hört man auch nichts mehr. Nur die Pelzgeschichte soll sich anders abgespielt haben. Der Pelzträgerin soll es in diesem, jetzt ein bischen warm sein, was durchaus zu verstehen ist. Aber darüber schweigt des Sängers Höfflichkeit. Vor der Veröffentlichung einiger Zuschriften aus den Kaufmannskreisen über die 40000 Zloty des Ing. Foitzig-Bismarckhütte, Haymann-Königshütte und Jankowskimühle-Nikolai, sehen wir ab. Im letzten Augenblick versuchte man uns mit einer meterlangen Berichtigung zu bluffen. Auch die in Umlauf gesetzten Flugblätter, konnten an den Tatsachen nichts ändern, doch konnte der Inhalt im anständigeren Tone gehalten werden, denn das gehört schließlich auch zum guten Kaufmannston.

Althammer. (Nächtlicher Einbruch in eine Restauration.) In der Nacht zum 19. d. Mts. wurde in die Restauration der Marta Stabowa in Althammer mittels Nachschlüssel ein Einbruch verübt. Die Täter durchwühlten dort alles was nicht niet- und nagelfest war. Entwendet wurde u. a. eine Menge Rauchwaren, Wein und Schnaps in Flaschen im Gesamtwerte von 500 Zloty. Den Einbrechern gelang es, mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen wird gewarnt. Die Polizei hat in dieser Angelegenheit weitere Untersuchungen eingeleitet. x.

Rybnik und Umgebung

Aufgeklärter Einbruchsdiebstahl. Vor längerer Zeit wurde in den Schlachthof auf der ul. Zorska in Rybnik ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. einen elektrischen Motor. Inzwischen gelang es der Polizei den Einbruchsdiebstahl aufzuklären. Als Täter kommt ein gewisser Serafin Konski aus Rybnik in Frage, welcher den Motor an einen gewissen D. in Nikolai gegen den Preis von 250 Zloty verkauft hatte. Der Motor konnte bei D. vorgefunden und beschlagnahmt werden. Gegen K. wurde gerichtliche Anzeige erstattet. X.

Polomi. (Personenauto prallt gegen Eisenbahnschranke.) Etwa 200 Meter von der Eisenbahnstation, in der Ortschaft Polomi, Kreis Rybnik, entfernt, prallte das Personenauto, welches von dem Leo Turzy gesteuert wurde, gegen eine verschlossene Eisenbahnschranke, welche vollständig beschädigt wurde. Der Chauffeur kam mit dem bloßen Schrecken davon. Das Auto wurde ebenfalls beschädigt. Der Sachschaden wird auf 1000 Zloty beziffert. Der Autolenker soll die Schuld an dem Verkehrsunfall tragen. x.

Tarnowitz und Umgebung

Naklo. (Spitzbuben in der Fleischerwerkstatt.) Zur Nachtzeit drangen unbekannte Spitzbuben in die Werkstatt des Fleischermeisters Josef Lat in Naklo ein und stahlen u. a. Kohlen, sowie 4 Fleischermesser und eine Fleischmaschine im Gesamtwerte von 350 Zloty. X.

Bielitz und Umgebung

Die Dummheit stirbt nicht aus.

In der heutigen Zeit der allgemeinen ungeheueren Notlage könnte man zur Ansicht gelangen, daß es doch den Gleichgültigsten zum Nachdenken veranlassen müßte, wo die Ursachen dieses Elends liegen! Auf allen möglichen Gebieten muß sich der Arbeiter einschränken und muß auf viele notwendige Lebensbedürfnisse verzichten, weil die Mittel hierzu nicht reichen.

Angesichts dieser Sachlage würde man doch meinen, daß die Arbeitslosen und alle jene, die sich zu den Armen zählen, zunächst sich dort einschränken und sparen, wo es am Platze wäre.

Da ist z. B. in Lipnik noch die veraltete Mode, daß der kath. Pfarrer nach Neujahr auf die sogenannte „Kolende" bei den kath. Pfarrkindern um Neujahrsgeschenke vorspricht. Dieser Sitte gemäß, rechnen sich es viele als große Ehre an, wenn der Herr Pfarrer sich herbeiläßt, mit seiner Person sie zu beehren. Alles was Gutes zum Essen und Trinken aufzutreiben ist, wird dem Herrn „Seelsorger" vorgesetzt und obendrein noch ein namhafter Geldbetrag eingehändigt. Wenn dies die Bemittelten tun, so ist es ihre Sache, aber das darf doch der Pfarrer nicht zum Anlaß nehmen, von den Armen dasselbe zu verlangen!

Bei einer 65jährigen Witwe kehrte dieser Pfarrer auch ein und erkundigte sich nach ihrem Wohlergehen. Diese klagte über die schlechten Zeiten und betonte, daß sie eine monatliche Rente von nur 24 Zloty erhalte. Davon müsse sie 12 Zloty monatlich auf Miete geben, so daß ihr nur 12 Zloty monatlich zum Leben übrig bleiben. Darauf erwiderte der Pfarrer, **daß die Frau Gott danken könne, daß sie diese Rente habe!** (Sehr gefühlvoll!) Wir erlauben uns aber die Frage, reicht Ihnen Herr Pfarrer dieser Betrag für e i n e n Tag aus, für welchen die arme Frau d r e i ß i g Tage leben soll? Auf einen Tag hat diese Frau sage und schreibe 40 Groschen zum verleben! Anstatt dieser Frau eine Unterstützung noch zu geben, schnorrt man auch von einer solchen bedauernswerten Witwe Gelder heraus! Ja, ja, bei den Klerikalen ist halt Nehmen seliger als Geben!

Dieser gefühlvolle Pfarrer von Lipnik hat es auch sehr scharf auf die Sozialisten, was ihn aber durchaus nicht hinderte, auch bei solchen vorzusprechen. **Geld stinkt bekanntlich nicht!**

Wenn dieser Priester der christlichen Nächstenliebe die Gebote über die Nächstenliebe befolgen würde, dann wäre es seine Pflicht die „Kolende" unter die Armen zu verteilen!

Aber das werden wir von den Klerikalen nicht erleben!

Die Arbeitslosen sollten aber doch vorsichtiger sein. Die paar Groschen, welche sie als Unterstützung erhalten, sollten sie doch wenigstens für sich und ihre Familie verwenden!

Stadttheater Bielitz.

Freitag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, im Abonnement (Serie rot), zum erstenmal: „Das verfl . . . . Geld", Lustspiel in 3 Akten von Karl Rößler. Hier ist der Vorstoß mit einem lustspielhaften Stück gegen die Zeit und gegen die Menschen, die dieser Zeit ein so merkwürdiges Antlitz geben wollen. Ein altes Thema, aber von Karl Rößler in den Oktober 1931 hineingestellt, mitten in die Krise, in die brennende Gegenwart, scharf gesehen und vor keiner politischen, sozialen oder gesellschaftlichen „Pointe" zurückschreckend. Hier flammt für zwei Stunden ein kleines Fegefeuer auf. Das ist echte Bühnenkunst im Schlagwetter von Witz, Laune und gutem Spaß. Hier ist das erste echte Zeitstück als Lustspiel, Parodie und Volksstück. Eine 21jährige Millionärin findet durch Devisen und Notverordnungen den Weg zur Arbeit und zum Glück. „Deutsche Zeitung", Berlin.

Samstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, gibt Hermann Leopoldi, der berühmte Schlagerkomponist, mit seiner schönen Partnerin Milskaja im Stadttheater einen eigenen Abend. Leopoldi bringt unter andern: „Ein spanischer Tango", Worte Fritz Rotter, Musik Walter Jurmann. „Karlsbad-Sprudelfox", Worte Hermann Leopoldi und Peter Herz, Musik Hermann Leopoldi, Solo: Hermann Leopoldi. „Die glückliche Ehe", Worte Hermann Leopoldi und Peter Herz. „Mein Schatz ist ein Matrose", Worte E. W. Spahn, Musik Hermann Leopoldi. „Wie wär's mit einer schönen, kleinen Ueberlandpartie?", Worte Wauwau, Musik Hermann Leopoldi, Duette: Hermann Leopoldi — Betja Milskaja. „Die moderne Wohnung", Worte Alexander. „Du hast mir was versprochen, Kunigunde", Worte Gnom und Dr. Katscher, Musik Hermann Leopoldi. „Sommerpläne", Worte Peter Herz. Duette: Hermann Leopoldi — Betja Milskaja. „Ravagianna", Worte Wrabetz.

Was ist mit der Altersversorgung für Teschner-Schlesien?

Vor sechs Monaten hat der Schlesische Sejm über Antrag des sozialistischen Abgeordnetenklubs den Beschluß gefaßt, mit welchem das Wojewodschaftsamt aufgefordert wurde, bis 1. Dezember 1931 dem Sejm einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Altersversorgung auf das Teschnerschlesische Gebiet ausbreiten würde. Der Schlesische Sejm faßte diesen Beschluß stimmeneinheitlich.

Der 1. Dezember kam, aber der Gesetzentwurf wurde dem Sejm nicht unterbreitet. Dieser Umstand veranlaßte den Sozialistischen Abgeordnetenklub eine Interpellation an den Wojejwoden mit der Anfrage zu richten, warum der Gesetzentwurf nicht vorgelegt wurde. —

Kurz vor der Sejmsitzung wurde uns ein Schreiben des Wojewoden zugestellt, in welchem ausgeführt wird, daß zur Vorbereitung dieses Gesetzentwurfes komplizierte Berechnungen und Kalkulationsgrundlagen erforderlich sind. Da diese noch nicht beendet seien, wird das Wojewodschaftsamt erst im März in der Lage sein, den verlangten Gesetzentwurf auszuarbeiten. Da der Sejmbeschluß schon im Juni 1931 gefaßt wurde und bis zum 1. Dezember etwa fünf Monate zur Verfügung standen, betrachtete unser Klub diese Antwortschreiben als unzureichend und überreichte die eingangs erwähnte Interpellation.

Interpellation des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Genossen

in der Angelegenheit: a) des Rechtes auf die Existenz, b) des Rechtes auf Arbeit und Verdienst

Die in der Konstitution der Republik vom 17. März 1921 verbrieften Rechte und Pflichten, welche auf alle Bürger des Staates gleichmäßig wirken, die speziell allen Staatsbürgern Polens die Gleichberechtigung, den Zutritt zu den Behörden und Aemtern und das Recht zur wirtschaftlichen Existenz zusichern, sind die Grundlagen der Pflichten und Lasten, die allen Staatsbürgern auferlegt sind.

Diese selbe Rechtsbedingung wurde im Organischen Statut der Schlesischen Wojewodschaft vom 15. Juli 1920 Art. 3 sanktioniert.

Es ist notorisch, daß das im Artikel 96 garantierte Recht des Zutrittes zu allen öffentlichen Aemtern durch alle Staatsbürger in dem Momente illusorisch wurde, wenn es sich um Personen handelte, die den nationalen Minderheiten angehören.

Letztens traten jedoch Praktiken zu Tage, die die Rechte der nationalen Minderheiten in punkto wirtschaftlicher Existenz noch tiefer untergraben. Aus der Fülle der Tatsachen, greifen wir hiermit die eine Tatsache heraus, welche von einschneidender Bdeutung ist:

Auf dem Gebiet des Bielitzer Bezirkes betätigt sich durch eine lange Reihe von Jahren der Arbeiter-Konsum-Verein, der eine stattliche Anzahl von Filialen besitzt. In den Filialen dieses Konsumvereines wird schon durch eine Reihe von Jahren Monopolschnaps in geschlossenen Flaschen auf Grund der erteilten Konzession verkauft.

Durch viele Jahre — bis zum Jahre 1928 — haben die Administrativbehörden die Bestätigung der Filialleiter als konzessionsausübende Vertreter nicht verlangt.

Vom Jahre 1928 angefangen, beginnt erst die Praktik der Verweigerung der Bestätigung der Filialleiter als Ausüber der Konzession.

Die Verweigerung der Bestätigung wird meistens damit motiviert, daß die Filialleiter keine Qualifikation besitzen.

Es ist doch klar, daß der Konsumverein nur solche Filialleiter anstellt, welche die beste Qualifikation und das größte Vertrauen besitzen.

Aus diesem geht hervor, daß nicht die mangelhafte Qualifikation, sondern andere Motive als Grund der Verweigerung anzusehen sind. Als Beweis hierfür diene die Tatsache, daß letztens das Wojewodschaftsamt die Bestätigung von Personen verweigerte, welche schon durch viele Jahre als Filialleiter tätig sind und als solche, als Vertreter die Konzession ausübten.

Daß nebensächliche poltische Motive die Ursache der Verweigerung der Bestätigung sind, ja sogar die Einziehung einer Konzession bilden, beweist folgender Vorfall:

Als am Freitag, den 1. Dezember 1931 der Leiter des Arbeiter-Konsumvereines beim Amtsvorstande Dr. Bobr in Angelegenheit der Verweigerung der Anerkennung der Filialleiter als Konzessionsvertreter intervenierte, erklärte dieser kategorisch: **„Als Vertreter der Konzession kann nur ein Pole bestätigt werden!"**

Die Unterfertigten zweifeln sehr daran, ob bei den gegenwärtigen Praktiken jeder Pole als Vertreter der Konzession bestätigt wird. Es können Beispiele angeführt werden, daß in vielen Fällen die Bestätigung an Polen verweigert wird. Aus diesem kann aber die Folgerung gezogen werden, daß nur eine gewisse auserlesene Parteigruppe von Polen auf eine günstige Erledigung ihrer Eingaben rechnen kann.

Wenn jedoch das Wojewodschaftsamt der Ansicht ist, daß die Bestätigung der Angehörigen der nationalen Minderheiten als Vertreter der Konzessionen trotz sachlicher und moralischer Qualifikation, trotz polnischer Staatsbürgerschaft unmöglich ist, dann wirft sich die Frage auf, ob die Behörden die Absicht haben, die Bürger der nationalen Minderheiten von sämtlichen rechtlich-politischen Verpflichtungen zu entheben!

Wenn nicht, dann stellen die Unterfertigten folgende Anfragen:

1. Ist der Herr Wojewode geneigt, zu erklären, daß das Recht auf Arbeit und wirtschaftliche Existenz allen Staatsbürgern, die nationalen Minderheiten mit inbegriffen, zusteht.

Ist der Herr Wojewode geneigt, die ihm untergeordneten Organe zu belehren, daß ihr bisheriges Vorgehen bei Erledigung der Eingaben um Bestätigung der Filialleiter der Konsumvereine als Vertreter der Konzessionen im Widerspruch mit den Bestimmungen der Konstitution und den von ihm selbst im Sejm am 9. Dezember 1930 gemachten Aeußerungen steht.

Der 3. allgemeine Verbandstag des Arbeiter-Esperantobundes in Polen.

Am 6. und 7. Feber 1932 findet in den Saallokalitäten des Volkshauses in Sosnowic die 3. allgemeine Reichskonferenz der Vertreter sämtlicher Arbeiter-Esperantovereinigungen Polens statt.

Am Samstag, den 6. Feber findet die Konferenz der Arbeiter-Esperantisten aus dem Dombrowaer Kohlenrevier und aus Schlesien statt. Auf der Tagesordnung befinden sich außer den allgemeinen Tätigkeits- und Rechenschaftsberichten, Neuwahlen, noch andere wichtige Organisationsangelegenheiten wie: eigene Presse, populäres Handbuch für Arbeiter, Pressebüro, Kurse, Wanderbibliothek usw.

Arbeiter-Esperantogruppen von mindestens 10 Personen, welche dem Bund beitreten wollen, müssen ihren Beitritt noch vor der Reichskonferenz anmelden.

Gäste und Sympathiker sind willkommen. Aus Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung und aus Interesse für die Arbeiter-Esperantobewegung in Polen, werden alle Arbeiter-Esperantisten ersucht, zu dieser Konferenz ihre Vertreter zu entsenden. Wenn wir in Betracht ziehen, daß es im Auslande über 20 Arbeiter-Esperantozeitungen mit einer in viele zehntausende Leser umfassenden Auflage gibt, so erwächst der Arbeiterklasse Polens die Pflicht, auch auf diesem Gebiete nicht zurückzubleiben.

In allen Fragen werden Informationen erteilt:

1. In Angelegenheit der Reichskonferenz beim General-Sekretariat: Jan Zawada, Warszawa 12, ul. Zaciszna 2.
2. In Angelegenheit der Konferenz für Schlesien und aus dem Dombrowaer Kohlenbecken an Boleslaw Czechowski Sosnowiec, ul. Prez. Moscicki 9.

Literatur

Fünfjahrplan und Sozialismus.

Wege der Planung und Erfüllung — von Ludwig Birkenfeld. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 1932.

Die Augen der ganzen Welt — ohne Unterschied der Partei — sind auf Rußland gerichtet. Wie die große französische Revolution für die Entwicklung der bürgerlichen Demokratie, so ist die Russische Revolution, deren Prozeß noch nicht beendet ist, für die Entwicklung des Sozialismus ein weltgeschichtliches Ereignis.

Ist der Weg zum Sozialismus jeweils durch die gegebenen besonderen Verhältnisse mitbestimmt, so bietet doch die Sowjetwirtschaft — ungeachtet aller Schwierigkeiten — einen allgemeinen Anschauungsunterricht der planwirtschaftlichen Methode, deren Studium heute Freund und Feind, — alle wirtschaftlich und politisch interessierten Kreise fesselt. Die Schrift sucht den russischen Fünfjahrplan sowohl in seiner entwicklungsgeschichtlichen Notwendigkeit, als auch in der durch die russische Diktatur des Proletariats ermöglichten Zielsetzung zu begreifen

Nach einer wissenschaftlich-ökonomisch gefaßten und ziffernmäßig belegten Darstellung der planwirtschaftlichen Akkumulation — in Industrie- und Landwirtschaft — sowie der Verkehrsverhältnisse — werden die kritischen und antikritischen Gesichtspunkte herausgearbeitet.

Im Schlußergebnis begründet der Verfasser mittels zehn besonders beachtenswerter Momente die bereits festgestellten grandiosen Erfolge und die Ueberlegenheit der russischen „Uebergangsplanwirtschaft" gegenüber dem zusammenbrechenden System des Kapitalismus.

Die Schrift kostet ö. S 1.20 (RM. 0,70 — Kc 6,—) und ist durch den Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 4, Gumpendorferstraße 18, und bei den Kolporteuren zu haben.

Handballecke

Verein Jugendlicher Arbeiter, Bielsko. Freitag, den 22. Jänner, um 7 Uhr abends, findet eine Handballspieler-Versammlung statt. Da wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, werden die Handballspieler ersucht, vollzählig und bestimmt zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Freitag, den 22. Januar, 8 Uhr abds.: Theatergemeinschaft.

Sonntag, den 24. Januar, 5 Uhr nachm.: Gesellige Zusammenkunft.

Neuaufnahmen werden bei jeder Veranstaltung entgegengenommen. Die Vereinsleitung.

Alexanderfeld. (S u p p e n k r ä n z c h e n d e s V e r e i n s d e r S c h u l f r e u n d e.) Wie alljährlich veranstaltet auch heuer der Verein der Schulfreunde ein S u p p e n k r ä n z c h e n, welches am Samstag, den 23. Januar, im Gasthause „Zum Orient" (Mucha) stattfindet, wozu alle Freunde und Gönner unserer Schuljugend auf das herzlichste eingeladen werden. Beginn 8 Uhr abends. Die Eintrittskarte kostet im Vorverkauf 1 Zloty, an der Kasse 1.20 Zl. Musik: Streichorchester. Der Reingewinn des Kränzchens dient zur Unterstützung der Milchaktion sowie des Schulausfluges unserer Schuljugend.

Arbeiter Turn- und Sportverein „Vorwärts" Bielitz. Obengenannter Verein hält am Sonntag, den 24. Jänner, um 9 Uhr vorm., im großen Saale des Arbeiterheims in Bielitz die 12. ordentliche Generalversammlung ab und gibt nachstehende Tagesordnung bekannt: 1. Protokollverlesung der letzten ordentl. Generalversammlung; 2. Berichte (a des Obmannes, b des Schriftführers, c des Kassierers, d. des Technischen Ausschusses, e der Zeugwarte, f der Revisoren); 3 Neuwahl des Vorstandes; 4. Vortrag; 5. Allfälliges. Sämtliche Mitglieder haben bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Die Brudervereine werden ersucht ihre Delegierten zu entsenden. Der Vorstand.

Arbeiter Turn- und Sportverein „Vorwärts" Bielitz. (V o r a n z e i g e.) Obengenannter Verein veranstaltet am 30. Jänner in den Lokalitäten des hiesigen Arbeiterheims seinen diesjährigen Maskenball und ersucht seine geschätzten Festgäste sich diesen Tag freizuhalten. Die Brudervereine werden ebenfalls ersucht an diesem Tage von einer Veranstaltung Abstand zu nehmen. Die Vereinsleitung.

A. G. V. „Einigkeit" Alexanderfeld. Genannter Verein veranstaltet am Samstag, den 30. Januar l. J. im Gasthaus „Zum Patrioten" in Alexanderfeld, einen großen Maskenball, zu welchem alle Freunde und Sympathiker dieses Vereines freundlichst eingeladen werden.

Verein jugendl. Arbeiter Kamitz. Sonntag, den 24. Jänner findet um 3 Uhr nachm. im Gemeindegasthaus die diesjährige G e n e r a l v e r s a m m l u n g statt. Alle Mitgileder werden ersucht, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Die Brudervereine wollen ihre Delegierten entsenden.

Lobnitz. Am Samstag, den 30. Januar, veranstaltet in den Gastkauslokalitäten des Herrn Gabrysz in Lobnitz der Arbeiter-Gesangverein „Widerhall" einen Maskenball, zu dem alle Freunde und Gönner des Vereins freundlichst eingeladen werden. Alles Nähere in den Einladungen. Beginn 7 Uhr abends.

Studentenschulden in vergangenen Zeiten

Daß Studenten Schulden machen, ist keine Erfindung der Neuzeit. Sie haben das immer im Griff gehabt, wie das Saufen auch, wenn es vor zweihundert Jahren schon Witzblätter gegeben hätte, so würden sie um Studentenwitze nicht verlegen gewesen sein. Obwohl unbezahlte Rechnungen und geleerte Bierseidel keine Spuren im Granit gelassen haben, ist doch einiges darüber auf die Nachwelt gekommen. Auch deshalb, weil in früheren Jahrhunderten die löblichen Stadträte mehr hausväterlichen Sinn an den Tag legten als heutzutage, und es allerhand städtische Verordnungen gegen das Schuldenmachen gab. Im „Archiv für Kuturgeschichte“ hat sich vor reichlich zwanzig Jahre Professor Wilhelm Stieda einmal die Mühe gegeben, einiges über die Wirtschaftsgebarung der Jenenser Studenten aus den vorigen Jahrhunderten zusammenzutragen. Gleich bei der Gründung der Universität Jena im Jahre 1558 kümmerte sich ein akademisches Gesetz um die Ausgaben der Studenten, zunächst ganz einseitig, indem nämlich die Polizei angehalten wurde, Ueberteuerung der Studenten bei der Wohnungsmiete und den Preisen für den Mittagstisch möglichst abzuwenden. Man wollte wohl die Eltern ermutigen, ihre Söhne nach Jena zu schicken, auch wenn sie nur über geringe Mittel verfügten. Alljährlich trat im Herbst eine Kommission zusammen, die aus Professoren, Stadträten und Einwohnern bestand, um unter Vorsitz eines fürstlichen Rates Höchstpreise für Wohnung und Beköstigung der Studenten festzusetzen. Zur Sicherung des elterlichen Geldbeutels schien aber diese Maßnahme doch nicht auszureichen. So mußte man weiter festsetzen, daß die Pferdeverleiher den Studenten keinen Kredit geben dürften; die „Italiener Keller“ und die Bierwirte sollten nicht mehr als zwei bis fünf Gulden stunden. Dazu kam dann die Verordnung, Bargeld nur mit Erlaubnis des Rektors oder des Professors, dem der Student empfohlen war, vorzuschießen. Schon im Jahre 1569 war man aber dahintergekommen, daß man nicht nur die Studenten vor den Bürgern, sondern auch die Bürger vor den Studenten schützen müsse. Die Universitätsstatuten verpflichteten die Studenten, ihren Hauswirten allen nachweisbaren Schaden zu ersetzen, die Stube nach einer Inventur zu übernehmen und niemanden zu hintergehen.

Jena scheint von Anfang an teurer gewesen zu sein als Leipzig. Im sechzehnten Jahrhundert betrugen die Unterhaltskosten für einen dortigen Studenten nach den Berechnungen von Keil mindestens hundert Taler im Jahr. Für arme Schüler gab es Freitische und Stipendien, zu denen man aber nur auf Grund von Prüfungen gelangte, die halbjährlich in Anwesenheit eines fürstlichen Bevollmächtigten wiederholt wurden. Wer die Prüfung schwänzte oder nicht sattelfest war, hatte Karzer und auch Verlust der Vergünstigung zu befürchten. Es ist für unsere heutigen Begriffe recht befremdlich, daß die Professoren selbst Zimmer vermieteten und Studenten in Pension nahmen. Daran war wohl ihre kümmerliche wirtschaftliche Lage schuld; sie bekamen wenig Gehalt, und das wenige unregelmäßig; mit den Kollegiengeldern kamen sie auch nicht weit. Solch ein „Professorenlogis“ war erheblich teurer als die Unterkunft in andern Häusern, dafür genossen aber die „Professorenburschen“ ein ganz anderes Ansehen und nahmen sich viel mehr heraus, so daß man im Jahre 1661 ein besonderes Edikt gegen sie erlassen mußte. Bei dem berühmten Theologen Johann Gerhard finden wir im ersten Viertel des siebzehnten Jahrhunderts einen jungen Adeligen namens Todenwarth mit seinem Präzeptor in Pension.

Der Vater legte Wert darauf, daß sein Sohn in ein Haus komme, „darin dem Allerhöchsten trewlich gedienet werde und Gottes Segen darin wohne, auch man aufsicht auf ihn habe, und das ihn die Gesellschaft nicht leichtlich überlaufen und hindern könne, desgleichen, das er in eben demselben haus zu Tisch gehe, vor starken Drüncken und deren Zumutung schutz und sicherung wisse und doch auch der leuthe und conversation sich fein gewohnen lerne“. Ihr Bett mußten beide Pensionare mitbringen, auch Kleiderschrank, Waschbecken, Gläser und Leuchter selbst anschaffen. Bezahlen mußten sie für das Zimmer für die Person vier Reichstaler neun Groschen im halben Jahr. Eine Vierteljahresrechnung ist uns erhalten — genauer: für zehn Wochen —, wobei zwanzig Taler Tischgeld angerechnet werden, für „Essen auf die Stube zu unterschiedlichen mahlen“ sechs Groschen, aber zwei Taler und zweiundzwanzig Groschen für Wein und gar fünf Taler und dreiundzwanzig Groschen für Bier. Dabei erfahren wir, daß einige Professoren Wein- und Bierausschänke betrieben. Berechnet man die Menge, die die beiden Burschen in der Hut des Theologieprofessors verzehrten, so kommt man auf einen Tagesverbauch zu zweit von einem Drittelliter Wein und viereinhalb Liter Bier. Man versteht daher, daß die Klage, die Johann Christian Günther (1695—1723) über die deutschen Studenten im allgemeinen führt, auch für die von Jena paßte:

Der Schweiß der Eltern wird verkocht, die sich
daheim mit Sorgen quälen:
Der Hausrath wandert zu Gevattern: der
Pursche lärmt, fährt aus und haust
Mit Wirten, Pferd und jungen Mädchen, und
wenn er bis an Morgen schmaust,
So reißt hernach das starke Bier Tisch, Bänke,
Krug und Ofen nieder.

Diesen Zuständen entsprechend, hören die Verordnungen gegen borgende Wirte und auf Kredit liefernde Greißler nicht auf. Zu den Waren, die nicht auf Kredit gegeben werden durften, weil sie nicht „zur Notwendigkeit des Lebens gehörten“, werden auch Kaffee und Tee gerechnet. Nicht von der lustigen Seite der Burschenherrlichkeit, sondern vonder trübseligen des mit der Not ringenden Vaters sehen wir die Schulden, die ein in Jena gestorbener Student, der Sohn des Stadtmusikus von Arnstadt, hinterläßt. Die Aerzterechnung „für meine fünfwöchentliche Tägliche Bemühung und eigne gelieferte Arzney bei der Krankheit des Seel. Herrn Gräser zusammen betragend fünf Reichsthaler sechzehn Groschen“ kann dem jungen Mann nicht gut als Schuld angerechnet werden. Daß er aber bei seiner professoralen Zimmerfrau, der Gattin des Historikers Johann Gottfried Müller, in acht Monaten im Hause für neun Taler fünfzehn Groschen Bier versoffen hat, mehr als er für Zimmermiete bezahlte, mag man ihm schon verargen. Der arme Vater hat sich dann an das Konsistorium in Arnstadt gewendet, um „in Untertänigkeit und mit schuldigen Respekt um hochgeneigteste Unterstützung“ zu bitten. Ob er sie bekommen hat, ist aus den Papieren nicht zu ersehen. O. O.



Lächelnd betritt G?ndhi sein Heimatland

nach seiner Heimkehr von der Europareise. Tausende begrüßten ihn stürmisch als den Vertreter ihres Freiheitswillens — aber bereits wenige Tage später hatten ihn die Engländer erneut verhaftet und gefangengesetzt.

Die roten Eltern Wiens helfen den Steyrer Kindern

Empfang im Westbahnhof.

Feucht und grau liegt der Nebel über der winterlichen Stadt. Bei der Ankunftseite des Westbahnhofes ist es still. Kaum einer wartet in der Halle. Aber im kleinen, abschließbaren, geheizten Raum drängen sich die Menschen. Dort ist Weihnachtsstimmung. Weiße Packerln liegen in Reih und Glied auf dem Tisch, Männer, Frauen, Kinder sehen nach der Uhr. Noch nicht 4,20 Uhr?

Von den Ausgesteuerten einer sterbenden Stadt.

Wer wird so sehnsüchtig, so warm empfangen? Fünfzig Kinder aus Steyr sollen kommen, fünfzig Eltern aus dem roten Wien wollen sie empfangen. Mittler dieser schönen Sache ist, wie schon so oft, der Reichsverein der Schul- und Kinderfreunde. Er hat es übernommen, seiner so furchtbar in Not geratenen Ortsgruppe Steyr helfend beizuspringen. Alle Kinder der Ausgesteuerten, alle Arbeitslosenfamilien, die mehr als drei Kinder haben, sollen ihre Kinder für mindestens vier bis sechs Wochen nach Wien schicken können. Zu sozialistischen Eltern, wo ihre Kinder in guter Hut sind.

Hier in Wien wird die Hilfsmöglichkeit der Wiener Pflegefamilien von den Kinderfreunden überprüft. Kein Mißton soll diese schöne Aktion trüben. Die Ortsgruppenfunktionäre der Kinderfreunde sind es, die hier im Bahnhof warten. Die führen ihre kleinen Schützlinge in die Bezirke; dort wartet der neue Vater, die neue Mutter.

Die Ankunft der kleinen Auswanderer.

Die Tür geht auf, und der Kinderzug ist da. Ein halbes Hundert schmalbrüstige, blasse, hohlwangige Kinder, kleine Schroppen unter ihnen, ihr ganzes Hab und Gut wie ein Heiligtum an die Brust gedrückt: Ein Frühstückskörberl, eine Schultasche, ein Sträußerl Schneerosen für die Pflegemutter, eine Mandoline, einen Wurstel, ein vierfach verschnürtes Packerl ... Die einen aus der letzten Barschaft nett und adrett ausstaffiert, die andern mit dem fadenscheinigen Lodenmantel, der kaum vor der Kälte schützt. Alle mit großen, weitaufgerissenen, erwartungsvollen, verängstigten Augen. Eine neue Welt, die noch verschlossen vor ihnen liegt, wartet auf sie.

Genosse Noithner, ihr Reisemarschall, erzählt leise: „Die Eltern sind ausgesteuert. Ganze Familien müssen Tage lang von den drei Schilling leben, die die Gemeinde ihnen auszahlen kann. Viele, viele dieser Kinder schlafen auf Heu und haben als einzige Decke den Mantel, den sie jetzt tragen. Unlängst stand in der Arbeiterzeitung, daß zehn Kinder in zwei Betten schlafen; auch diese Aermsten sind darunter. Was wird das für ein Fest für sie sein, sich einmal in der Nacht ausstrecken und zudecken zu dürfen! Die Stadt hätte ihnen nicht einmal die sieben Schilling Fahrgeld bezahlen können, wenn nicht rechtzeitig eine Spende eingelaufen wäre.“

Jetzt erst recht!

Diese drei Worte sind's, die wahre Wunder wirken. Sie schließen die Betriebe? Sie steuern die Arbeiter aus? Sie kennen nur Rücksicht für die Reichen? Sie beschlagnahmen nur unsere Waffen? Jetzt erst recht! Fester zusammenrücken! Mehr zusammenhalten! So kommen dann, als Antwort an die Herrschenden, Aktionen wie diese zustande: Daß in den nächsten Wochen jeden Samstag im Westbahnhof kleine Steyrer eintreffen werden — gestern fünfzig, nächste Woche hundert und so fort —, bis alle Bedürftigsten unter den unschuldigen Opfern fremden Verschuldens ihren Erholungsurlaub im roten Wien angetreten haben.

Momentbilder von der Ankunft: Zwei Betriebsrätinnen einer Textilfabrik sind gekommen, um sich die Ankunft anzusehen. Sie wollen jetzt wöchentlich Geld spenden, damit die Kinder auch etwas Neues zum Anziehen bekommen. Ein Bezirk konnte aus einem technischen Versehen nicht alle für ihn vorgemerkten Kinder übernehmen. Was tut's! Sofort springt Margareten ein! Ein roter Hausbesitzer will kein Kind für bloß vier Wochen; das sei zu kurz. Er will eins für's Leben!

Eine kleine rote Stadt ist tief ins Unglück geraten. Ihre große, rote Schwester springt ein. Wiens Eltern helfen den kleinen Ausgesteuerten an der Enns. (Arbeiter-Zeitung.)

Wieder Unruhen in Spanien

In der spanischen Hafenstadt Bilbao ist es erneut zu Unruhen der radikalen Elemente gekommen. Unser Bild zeigt einen Umzug in einem Vorort von Bilbao, wo die Demonstranten gegen die Straßenbahn vorgegangen sind und einen Wagen umgeworfen haben.

Margarita Nelken

Spanische Frauenvereine versuchen, wie die „Vossische Zeitung“ berichtete, der Schriftstellerin Margarita Nelken ihren Sitz in der Nationalversammlung streitig zu machen und haben zu diesem Zweck einen heftigen Pressefeldzug gegen sie entfesselt. Als Hauptargument wird geltend gemacht: sie sei nicht Spanierin, sondern Deutsche. Tatsächlich ist ihr Vater Deutscher (ihre Mutter dagegen, meines Wissens, Französin). Aber sie ist in Madrid geboren, in Madrid aufgewachsen, hat einen Erzspanier, Andalusier, Sohn eines Generals, geheiratet und ihm zwei Kinder geboren. Und diese Frau gehört zugleich zu den geistig-lebendigsten und tätigsten, gebildetsten und schöpferischsten, mit spanischer Kultur vollgesogenen Frauen Spaniens. Sie ist Dichterin, Kunst, und Literarhistorikerin, Soziologin und Sozialpädagogin in einer Person. Wer etwa im Prado einen ihrer Vorträge über die großen spanischen Maler gehört hat, hat tiefere Einsichten in das Wesen der spanischen Kunst gewonnen.

Vor allem aber hat sie lange vor der Revolution durch ihr Buch „Die soziale Lage der Frau in Spanien“ das Gewissen der Nation gegenüber den arbeitenden Frauen gerüttelt. Dieses Buch mit seinen anklagenden, erschütternden Schilderungen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sexuellen Not der weiblichen Arbeiter und Angestellten — geschrieben von einer Frau, die die sozialen Einrichtungen und Gesetze der fortgeschritteneren europäischen Länder, besonders Deutschlands, kannte und zum Vergleich heranzog — gehörte zu den ersten Sturmsignalen einer ein neues Spanien ankündigenden Zeit. Hier wurde besonders das unzulängliche Wirken der Frauenvereine und Damen-Clubs mit ihrer Almosenfürsorge und ihrem dilettantischen Wohltätigkeitsbetrieb im Vergleich zu der geforderten gesetzlichen Fürsorge dargetan.

Das hat ihr den Haß dieser Frauenvereine zugezogen; und hier scheint der Grund zu liegen, warum sie jetzt mit einem Scheinvorwand die gefürchtete und beneidete Frau um ihren Sitz in der Nationalversammlung, der in den Augen aller geistigen Menschen Spaniens fast eine Selbstverständlichkeit war, zu bringen suchen. Die gegen sie von ihren Gegnern vorgebrachten Verdächtigungen, sie sei an dem Gendarmenmord in Estramadura mitschuldig, erscheinen ganz unglaubwürdig.

Gerade Margarita Nelken de Paul — sie ist übrigens heute erst 35 Jahre alt — hat nicht bloß durch Vorträge, sondern besonders durch ihr kluges und geistreiches Buch „En Torno a Nosotras“ („Rings um uns Frauen“) Lebenswissen und Bildung der spanischen Frauen zu mehren versucht. Sie gehört zu den Führerinnen der spanischen Frauenbewegung. Ihre kunstgeschichtlichen Arbeiten genießen hohes Ansehen; und uns Deutsche darf es freuen, daß sie ihrer Liebe zu Deutschland, das sie kennt und bewundert, mit einem schönen und feinen Buch über Goethe Ausdruck gegeben hat

Schriftleitung Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Theodor Raiwa. Mała Dąbrówka. Verlag und Druck „VITA“, nakład drukarski. Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Goethe und der grobe Bischof

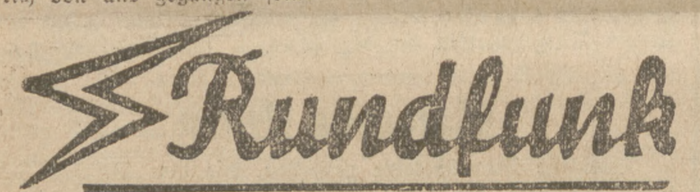
In dem kürzlich von Professor Houben herausgegebenem interessanten Werke: Frederic Soret, „Zehn Jahre bei Goethe“, steht folgende amüsante Geschichte:

Goethe kam immer wieder in derselben bissigen und ironischen Weise auf die englischen Bischöfe zurück und er erzählte uns sein Erlebnis mit dem Bischof Lord Bristol: Lord Bristol kam nach Jena und ließ mir sagen, er wolle mich sehen; ich also hin. Er, empfing mich mit Grobheiten, aber sobald ich merkte, welchen Ton er anschlug, war ich kurz entschlossen und wurde noch gröben; im ersten Augenblick stutzte er, und dann dauerte es nicht lange, bis sich die Wirkung zeigte, auf die ich gerechnet hatte, er wurde wesentlich manierlicher; ich wurde nur immer unhöflicher bis zu dem Augenblick, wo ich sah, daß er mir gewachsen war; dann zeigte ich mich etwas liebenswürdiger, aber immer in einem etwas dreisten und selbstbewußten Ton, an dem jeder neue Versuch, ihm in der Unterhaltung das Uebergewicht zu verschaffen, scheitern mußte.

Der brave Bischof wollte mich nämlich wegen meines „Werther“ herunterkanzeln; er gab sich ehrliche Mühe, mir ins Gewissen zu reden; ich hätte die Menschen in Versuchung gebracht, sich das Leben zu nehmen, und mehrere solcher Selbstmorde geradezu verschuldet; dieses unmoralische, verdammenswerte Stück usw. „Kein Wort weiter!“ rief ich. „Sprechen Sie etwa so auch zu den Großen dieser Welt, die mit einem Federstrich und den Stilübungen ihrer Diplomaten zu Gefallen Hunderttausende ins Feld schicken, achtzigtausend totschlagen lassen und ihre Untertanen zu Mord, Raub und Notzucht, sogar zu Meuchelmord verleiten? Darüber stimmen Sie ein Tedeum an! Wie können Sie sich nur selbst darauf etwas zugute tun, wenn Sie durch Ihre schönen Predigten über die Höllenstrafen von Ihrer Kanzel herunter armen Schwachköpfen so zusetzen, daß sie das letzte bißchen Verstand verlieren und ihr elendes Dasein im Tollhaus endet? Gar nicht zu reden von den vielen, die sich selbst umbringen, um nur schneller in die Herrlichkeiten des Paradieses einzugehen und ihren religiösen Wahnideen zu entfliehen.

Was tun Sie denn? Sie loben Gott den Herrn! Wie können Sie sich herausnehmen, einem hervorragenden Schriftsteller ein Verbrechen zu machen aus einem Werk, das, von beschränkten Leuten falsch aufgefaßt, die Welt schlimmstenfalls von einem oder zwei Dutzend wirklicher Schwachköpfe und Geisteskranker befreit hat, die nichts Besseres zu tun wissen, als sich eine Kugel vor den Kopf zu schießen? Damit erweist man der Menschheit nur einen Dienst! Wie kann man mir diese Tat zum Vorwurf machen, wenn ihr, Priester und Fürsten, viel schlimmere begeht? Ich bin in meinem Gewissen überzeugt, daß alle, die sich nach der Lektüre des „Werther“ umgebracht haben, in der Welt nichts mehr nutze waren. Wollen Sie das von Ihren Opfern auch behaupten?“

Der Herr Bischof wurde nach diesem Ausfall sanftmütiger als ein Lamm, so grob er auch von Haus aus war; ich hatte den Weg zu seinem Herzen gefunden; er behandelte mich von da ab mit ausgesuchter Höflichkeit, begleitete mich sogar, als ich ging, bis an die Tür und sein Abbe mußte mir noch weiter das Geleite geben. Als wir draußen waren, sagte der Abbe zu mir: „Sie haben großartig gesprochen, Herr v. Goethe! Sie haben geahnt, wie man es anstellen muß, um dem Lord zu gefallen; bei geringerer Entschiedenheit würden Sie wohl sehr verdrießlich von uns gegangen sein!“

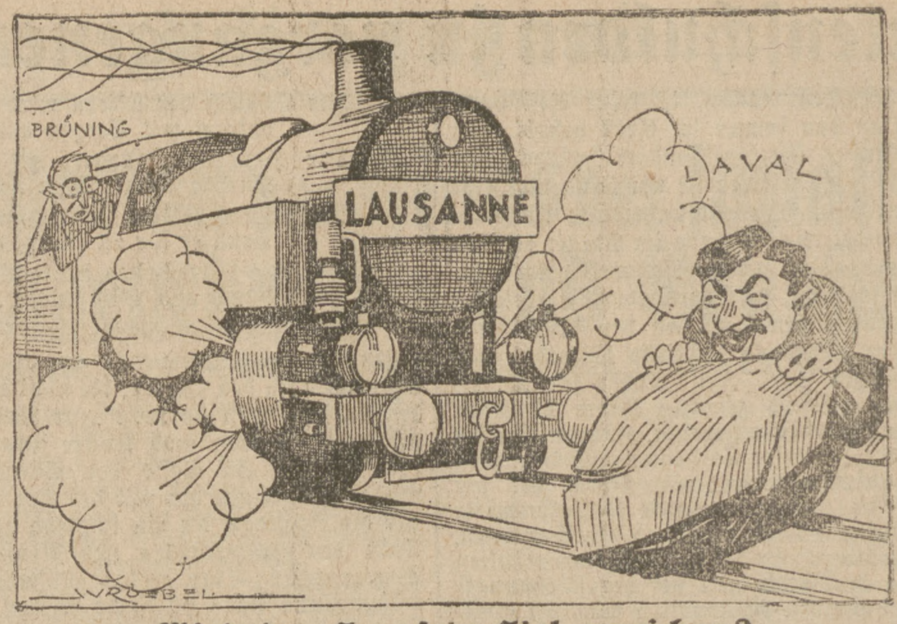


Kattowitz — Welle 408,7

Sonnabend. 12,10: Schulfunk. 12,45: Schallplatten. 16,05: Nachmittagskonzert. 20,15: Unterhaltungsmusik. 22,10: Abendkonzert. 22,55: Leichtes Konzert und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Sonnabend. 12,10: Mittagskonzert. 15,25: Vorträge. 16,40: Schallplatten. 17,10: Vortrag. 17,35: Nachmittagskonzert. 18,05: Kinderstunde. 18,30: Weihnachtslieder. 18,50: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,55: Vortrag. 22,10: Konzert. 22,50: Tanzmusik.



Wird der Zug sein Ziel erreichen?

Frankreich versucht mit allen Mitteln den Weg nach Lausanne zu sperren.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Sonnabend, 23. Januar. 15,25: Die Filme der Woche. 15,55: Das Buch des Tages. 16,10: Unterhaltungskonzert. 17,30: Ueberflüssige Erfindungen. 17,55: Wetter; anschl.: Wunder um uns und in uns. 18,20: Abendmusik. 19: Das wird Sie interessieren! 19,30: Nikisch-Gedenkfeier. 20,30: Abendberichte. 20,40: Funk-Potpourri. 22: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,30: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Versammlungskalender

Holzarbeiter.

Kattowitz. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung im Zentral-Hotel.

Königshütte. Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9½ Uhr, Generalversammlung, im Volkshaus (Vereinszimmer). Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Achtung, Metallarbeiter!

Bismarckhütte. Am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 9 Uhr, findet im bekannten Lokal unsere diesjährige Generalversammlung statt. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Als Referent erscheint der Kollege Kuzella. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Hohenlinde. Am Mittwoch, den 27. Januar 1932, nachmittags 5 Uhr, findet eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei Kuklinski statt. Als Referent erscheint Kollege Kuzella. Wir bitten alle unsere Kollegen, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Freitag: Vortrag.
Sonntag: Heimabend.

Wochenprogramm der D. S. J. P. Königshütte.

Freitag, den 22. Januar: Volkstanzabend.
Sonnabend, den 23. Januar: Ernster Abend
Sonntag, den 24. Januar: Theater-Aufführung B. f. A.

Freie Sänger.

Bismarckhütte. (Generalversammlung des Volkschor Freiheit.) Am Sonntag, den 24 Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Vereinslokal die fällige Generalversammlung statt. Erscheinen jedes aktiven und inaktiven Mitgliedes ist Pflicht.

Myslowitz. Sonnabend, den 23. Januar, abends 8 Uhr. Gesangprobe. — Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr. Vorstandssitzung im Vereinszimmer.

Myslowitz. Die diesjährige Generalversammlung findet am 2 Februar, abends 6 Uhr, statt. Referent: Nebus. Zu der Generalversammlung sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Nikolai. Am Freitag, den 22. Januar, findet die nächste Uebungsstunde des Arbeitergesangvereins in der deutschen Privatschule, um 7½ Uhr abends, statt. Um zahlreichen Zuspruch wird ersucht.

Touristenverein „Die Naturfreunde“.

Kattowitz. Zu der am Sonntag, den 24. Januar 1932, nachmittags 17 Uhr, im Saale des Zentralhotels stattfindenden Generalversammlung werden die Mitglieder hierdurch eingeladen. Sollte diese Versammlung nicht beschlußfähig sein, so findet dieselbe 1 Stunde später statt, welche ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig ist. Wir bitten daher die Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Freie Sportvereine.

Königshütte. (Freie Turner.) Am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, findet im Volkshaus, ulica 3-go Maja 6 (Vereinszimmer), die fällige Generalversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt. 1 Eröffnung und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Protokollverlesung. 3. Stellungnahme zum Werbeabend. 4. Bericht des Vorstandes und techn. Ausschusses. 5. Entlastung und Neuwahl des Vorstandes. 6. Stellungnahme zum 25jährigen Jubiläum. 7. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Sonnabend, den 23. Januar, abends 6½ Uhr, im Zentralhotel Kartellsitzung. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Königshütte. Generalversammlung der Zimmerer und Maurer findet am Sonnabend, den 23. Januar, abends 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, ul. 3-go Maja 6, Büfettzimmer, statt. Kameraden, erscheint vollzählig.

Rosdzin-Schoppinitz. (Freidenker.) Am Sonntag, den 24. Januar, mittags 12 Uhr, findet im Lokal Knopik, ulica Krakowska, die fällige Mitgliederversammlung statt. Alle Mitglieder haben pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen!

Nickischschacht. (Freidenker.) Am Sonntag, den 24. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal Knosala (Schlafhaus), Neugründung einer Freidenkergruppe statt. Alle Sympathiker werden gebeten, teilzunehmen.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Königshütte. Am Sonntag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des Volkshauses Theaterabend. Zur Aufführung gelangt die Tragödie eines Abgebauten in 5 Bildern, betitelt: „Umsonst gelebt“. Eintrittskarten zu 50, 75 und 100 Groschen sind im Vorverkauf, in der Bibliothek des Volkshauses erhältlich. Pro Billett kommt ein Zuschlag von 5 Groschen Arbeitslosensteuer.